

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsverlauf, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 5. Mai 1931

Inc. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Schieles Pläne!

SPD. Das Reichsernährungsministerium hat am Dienstag die Verhandlungen mit den Interessenten aufgenommen, um die von dem Bäckergerwerbe durchgeführte Brotpreiserhöhung rückgängig zu machen. Für Berlin z.B. kommt eine Rückführung des Brotpreises um 4 Pfennige auf 46 Pfennige in Frage.

Soweit man die Pläne des Reichsernährungsministers übersehen kann, gehen seine Bestrebungen dahin, die ihm zur Verfügung stehenden Getreidemengen für eine Verbilligung der Mehlpreise einzusetzen. Es handelt sich dabei einmal um die zu verbilligten Zollsätzen aus dem Ausland einzuführenden Weizenmengen. Weiter kann der Reichsernährungsminister auf die Bestände der Roggenstützungsstellen zurückgreifen, die 150 000 Tonnen betragen dürften. Daneben verfügt die Landwirtschaft noch über nicht unwesentliche Bestände. Im Reichsernährungsministerium ist man der Auffassung, dass man mit den Vorräten der Landwirtschaft und den Vorräten der Stützungsstellen, soweit es sich um Roggen handelt, bis zur neuen Ernte reicht.

Ob diese Rechnung richtig oder unrichtig ist, interessiert für die augenblickliche kritische Situation erst in zweiter Linie. Die Hauptsache ist, dass die Regierung endlich handelt, nachdem wertvolle Zeit unbenutzt verfließen ist und die Regierung, entgegen der gesetzlichen Bestimmung, keine Massnahmen zur Senkung des Brotpreises eingeleitet hat. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die gegebene Massnahme zur Mehlverbilligung die Getreidezollermässigung ist. Die Zollermässigung lehnt Schiele ab, um den gegenwärtigen Getreidepreis zu halten, wobei der Minister unbegreiflicherweise eine ganze Reihe wichtiger Faktoren ausser Acht lässt, auf die die Bildung des Getreidepreises zurückgeht. Dahin gehört z.B. das gegenwärtig gute Erntewetter. Bereits am Dienstag hat dieses gute Wetter auf die Terminpreise an der Berliner Produktenbörse stark gedrückt. Unter dem Druck des besseren Erntewetters setzte sich auch eine, wenn auch nur geringe, Mehlpreismässigung durch.

Man soll die Wirkungen der Aktion, an die man im Reichsernährungsministerium denkt, nicht unterschätzen. Wenn das Reichsernährungsministerium als Grossgetreidelieferant auftritt und die Mühlen, soweit sie auf die Pläne des Reichsernährungsministers eingehen, beliefert, kann es eine Verbilligung des Mehlpreises erzwingen. Am Dienstag ist bereits nach dieser Richtung mit den Mühlen im Berliner Bezirk verhandelt worden. Ihnen sollen Verhandlungen mit Mühlen in anderen Wirtschaftsbezirken folgen.

Die beabsichtigte Mehlpreisverbilligung brauchte keineswegs nur auf Kosten einer billigeren Getreidebelieferung, also auf Reichskosten zu gehen. Im Besitz der riesigen Getreidebestände hat das Reichsernährungsministerium tatsächlich die Macht, den Mühlen und den Bäckern die Gewinnspannen vorzuschreiben. Es hat also die Möglichkeit, auf die überhöhten Zwischengewinne zu drücken, die im Laufe der letzten 7 Jahre im Rahmen der Agrardebatte immer wieder erörtert und kritisiert worden sind. Die Einwendung, dass das Reichsernährungsministerium keine Mühlen finden wird, die sich die Gewinnspanne vorschreiben

lassen werden, halten wir für nicht stichhaltig.

Man muss sich das Grundsätzliche der ganzen Aktion einmal zahlenmässig klar machen. Die Bruttobäckerspanne hat sich in Berlin von November bis jetzt von 15 auf 18 Pfennige erhöht. Das macht pro Tonne 30 Mark aus. Das sind allein bei der Versorgung des städtischen Verbrauchs rund 90 Millionen Mark. Um diese 90 Millionen Mark ist zu kämpfen. Versagt das Reichsernährungsministerium, dann hat die Masse der städtischen Verbraucher diese Summen aufzubringen. Darum geht es im Kampf um den Brotpreis, der nach aussen hin mit einigen Pfennigen und Pfennigbruchteilen in Erscheinung tritt.

Man muss abwarten wie der Reichsernährungsminister Schiele diesen Kampf führen wird. Dass er dabei den stärksten Widerstand in den Kreisen des Handels und der Bäcker findet, ist selbstverständlich. Die Bestrebungen der Bäcker laufen darauf hinaus, mit Hilfe des Stützungsroggens und eines allgemein verbilligten Weizenzolls zu einer Getreide- bzw. Mehlverbilligung zu kommen. Sie selbst wollen aber von ihren Gewinnen nichts ablassen, wollen die alten Gewinne behaupten.

Wir haben keine Ursache, uns für die sicherlich überhöhten Gewinne der Bäcker zu verwenden. Andererseits - und das müssen wir unterstreichen - haben wir gar keine Veranlassung, die Regierung aus der Verantwortung der Brotpreisverbilligung herauszulassen, die ihr durch das Gesetz und durch den Verbraucherschutz auferlegt worden ist. Eine Missachtung dieses Verbraucherschutzes müsste weittragende Folgen haben. Nach Lage der Dinge muss man abwarten, welche Erfolge der Reichsernährungsminister in den nächsten Tagen erzielt. Garantieren diese Erfolge aber nicht die Mehl- und Brotpreisverbilligung, dann muss unbedingt die Zollsenkung kommen.

SPD. Genf, 5. Mai (Eig. Drhtb)

Der Magistrat von Barcelona hat in Uebereinstimmung mit der katalanischen und spanischen Regierung an das Sekretariat des Völkerbundes ein Schreiben gerichtet, in dem dringend ersucht wird, als Ort der Abrüstungskonferenz Barcelona zu bestimmen. In Anbetracht der Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Spanien biete Barcelona beste Gewähr für einen ruhigen und guten Verlauf der Konferenz.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag einen Entschliessungsantrag eingebracht, in dem sie auf die in den letzten Tagen vorgenommenen Brotpreiserhöhungen, insbesondere auf die letzte Brotpreiserhöhung der Berliner Bäckerinnung von 48 auf 50 Pfennige verweist. Diese Erhöhung sei durchaus unberechtigt und müsse zurückgewiesen werden, zumal die Konsumentenvereine Berlin sich geweigert habe, diese Brotpreiserhöhung mitzumachen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion ersucht das Staatsministerium deshalb, auf die Reichsregierung einzuwirken, damit die letzte Brotpreiserhöhung in Berlin und anderen Orten sofort rückgängig gemacht bzw. der Beschluss der Berliner Bäckerinnung im Verwaltungswege aufgehoben wird, weil er im Widerspruch mit der Kartellgesetzgebung stehe.

SPD. In Hannover wurde der Nationalsozialist Stolberg aus der Hitlerpartei ausgeschlossen, weil er im Sekretariat seiner Partei Schränke aufgebrochen, wichtige Aktenstücke entwendet und abgeschrieben hatte.

SPD. Weimar, 5. Mai (Eig. Drhtb)

Der volksparteiliche Abgeordnete Knittel machte in der Dienstag-Sitzung des thüringischen Landtags die sensationelle Mitteilung, dass der nationalsozialistische Abgeordnete und frühere Staatsrat Marschler in einer interfraktionellen Sitzung der Regierungsparteien in bezug auf das Buch Remarques: "Im Westen nichts Neues" gesagt habe: "Das ist das einzige Buch, das den Krieg richtig schildert. Ich habe das Buch in einem Atemzuge durchgelesen." Als von dem Abgeordneten Böckelmann (Landbund) Widerspruch erfolgt sei, habe Marschler erklärt: "Sie sind als Offizier im Felde gewesen, ich aber als gewöhnlicher Soldat."

Im weiteren Verlauf der Sitzung übten Sozialdemokratie, Volkspartei und Staatspartei scharfe Kritik an den Polizeimassnahmen in Thüringen. Der volksparteiliche Abgeordnete Knittel wies insbesondere auf das Spitzelsystem hin, das unter Frick bei der Polizei eingerissen sei. Von der Regierung wurde eine genaue Mitteilung darüber gefordert, wieviel Beamte unter Frick in die Polizei eingestellt worden seien und wieviel davon von dem Abg. Sauckel, Gauleiter der Nationalsozialisten, ausgesucht worden sind.

SPD. Der Reichsrat wird sich in den nächsten Tagen mit den Ausführungsbestimmungen zum Reichsmilchgesetz und mit der Inkraftsetzung des Gesetzes selbst zu beschäftigen haben.

Die Landwirtschaft drängt durch das Reichsernährungsministerium darauf, dass das Reichsmilchgesetz mit seinen hygienischen Bestimmungen vorläufig noch nicht in Kraft treten soll. Die gleichen Kreise, die früher mit dem Schlagwort "Hygiene und Qualität" das Reichsmilchgesetz in Konsumentenkreisen populär machten, denken heute nicht daran, gegebene Zusagen einzulösen. Es ist ihnen vielmehr nur darum zu tun, vorläufig zum 15. Mai den § 38 des Gesetzes allein in Kraft treten zu lassen. Dieser Paragraph gibt der Landwirtschaft die Möglichkeit, durch die Länderregierungen einen Zwangszusammenschluss zu erreichen. Ein Zusammenschluss, der natürlich in ein Monopol der Landwirtschaft bezüglich der Preisbildung ausgeartet wäre, wenn nicht der Reichstag im letzten Augenblick Preisausschüsse für diese Zusammenschlüsse vorgesehen hätte, in denen auch die Konsumenten zu Wort kommen.

Was hat nun die in der Zwischenzeit von der Landwirtschaft geführte Debatte über die Inkraftsetzung des § 38 ergeben? Ihr Ergebnis ist das, dass die Landwirtschaft jetzt weiss, dass die praktische Durchführung der Zwangszusammenschlüsse sie vor eine Aufgabe stellt, der sie organisatorisch nicht gewachsen ist und die aller Voraussicht nach mit einem schweren Fehlschlag enden muss, zumal der Landwirtschaft beim Zwangszusammenschluss die Monopolpreisbildung durch die obligatorischen Preisausschüsse gemäss § 38 Ziffer 5 verwehrt ist. Damit fällt an sich das Interesse der Landwirtschaft an der Handhabung des § 38. Es ist ihr offenbar nicht darum zu tun, das gefährliche Spiel bewusst weiter zu treiben. Sie will die sofortige Inkraftsetzung dieses Paragraphen vielmehr zu einem Druck auf die beteiligten Erzeuger- und Handelskreise und zwar im Sinne des im § 38 ebenfalls ermöglichten freiwilligen Zusammenschlusses benutzen. Der § 38 soll der Landwirtschaft gewissermassen als Vogelscheuche dienen. Sie weiss nur zu gut, dass allein das Bestehen des Paragraphen ihr genügend Hilfsstellung gibt.

Die Landwirtschaft erreicht damit ein zweites Ziel, nämlich die Ausmerzung der von ihr so unangenehm empfundenen paritätischen Preisausschüsse, die beim freiwilligen Zusammenschluss nicht im Sinne des § 38, sondern nur nach den Wünschen der Landwirtschaft besetzt werden, sodass der Monopolcharakter der freiwilligen Zusammenschlüsse stärker in Erscheinung tritt.

Ob der Reichsrat dieses Doppelspiel der Grünen Front rechtzeitig durchschauen wird?

SPD. Paris, 5. Mai (Eig. Drahtb.)

Kammer und Senat traten am Dienstag-Nachmittag wieder zusammen.

Die Kammer beschloss auf den Antrag eines radikalen Abgeordneten, die Interpellationsdebatte über das deutsch-österreichische Zollabkommen, oder wie es in der französischen Presse heisst, über den drohenden Anschluss Österreichs an Deutschland, am Donnerstag-Nachmittag zu beginnen, nachdem die Regierung der Freitag vorgeschlagen hatte. Die Kammer nahm ferner mit 540 gegen 6 Stimmen einen Antrag des Sozialisten Grumbach an, nach dem der spanischen Republik die Glückwünsche und die Sympathien der französischen Kammer übermittelt werden sollen. Vor der Abstimmung erklärte Ministerpräsident Laval, dass die französische Regierung der jungen spanischen Republik einen herzlichen Glückwunsch entbieten werde. Die Mehrheit der Kammer begrüsst diese Erklärung mit grossem Beifall, während die Kommunisten protestierten. "Wir werden - so rief der Abg. Cachin - der spanischen Republik erst dann unsere Sympathie ausdrücken, wenn sie keine bürgerliche Republik mehr ist, sondern eine Sowjetrepublik." Diese Worte riefen bei den Sozialisten grosse Entrüstung hervor. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoss zwischen dem kommunistischen Abg. Marty und dem Sozialisten Ambrosini, in dessen Verlauf Marty seinem Gegner einen Faustschlag ins Gesicht versetzte. Ehe Ambrosini diesen flegelhaften Angriff beantworten konnte, wurden beide Abgeordnete getrennt.

Im Senat ist inzwischen ebenfalls ein von zahlreichen radikalen und gemässigten Senatoren unterzeichneter Antrag eingegangen, nachdem auch der Senat, der spanischen Republik seine Sympathie aussprechen soll.

SPD. Die Seele des Widerstandes gegen die gesetzlich vorgeschriebene Senkung der Weizen- und Roggenzölle ist der Reichsernährungsminister Schiele. Noch immer will er nicht einsehen, dass die Wiederherstellung der alten Brotpreise am leichtesten durch eine Senkung der Zölle zu erreichen ist. Die Verantwortung für die grosse Beunruhigung der Verbraucher und die Verschärfung der politischen Lage trägt deshalb mit der gesamten Reichsregierung in erster Linie Herr Schiele. Daher erscheint es zweckmässig, Herrn Schiele darauf aufmerksam zu machen, dass er nicht nur politisch, sondern auch persönlich sich zu einer Senkung der Brotpreise verpflichtet hat. In der Reichstagssitzung vom 25. März 1931 hat Herr Schiele auf eine sozialdemokratische Anfrage erklärt: ".....dass die Reichsregierung bereit ist, die gegebenen Möglichkeiten, und zwar rechtzeitig, anzuwenden, um einer Brotpreiserhöhung entgegenzutreten."

In einer zweiten Erklärung hat Herr Schiele diese Zusage wiederholt. Angesichts dieses Tatbestandes darf man wohl an Herrn Schiele die Frage richten, ob er alles tun wird, um seine damalige Erklärung durch Taten zu verwirklichen, oder ob er sich den Vorwurf gefallen lassen will, jetzt anders zu handeln, als er vor einem Monat als Minister geredet hat.

SPD. New York, 5. Mai (Eig. Drahtb.)

In den letzten Jahren ist die Altersgrenze von 40 Jahren in den amerikanischen Industrien immer mehr in den Vordergrund der öffentlichen Erörterungen getreten. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, dass die enormen technischen Fortschritte, der industrielle Verschmelzungsdrang und die sich von Jahr zu Jahr steigernden Arbeitsansprüche zu zunehmenden Entlassungen älterer Arbeiter führen müssen.

Diese Begründung kann sicherlich nicht leicht von der Hand gewiesen werden. Nichtsdestoweniger ergibt sich aus neueren industriellen Zusammenstellungen, dass sich diese Faktoren in Wirklichkeit gar nicht so sehr gegen den älteren

Arbeiter nahe und um die 40 auswirken, sondern hauptsächlich das menschliche Arbeitsmaterial zwischen 25 und 30 Jahren berühren. Mehr und mehr hat sich in den amerikanischen Industrien der Gedanke Eingang verschafft, den älteren Arbeiter wegen seiner Stetigkeit, Zuverlässigkeit und Kenntnisse zu behalten und dafür bei Einstellungen jüngere Leute zu entlassen. Nach den Werkstatistiken der letzten fünf Jahre ist die Zahl der Arbeiter zwischen 40 und 64 Jahren beträchtlich gestiegen, mit Ausnahme der Landwirtschaft, wo in erster Linie junge Kräfte gefragt werden. Bei der jüngeren Industriearbeiterschaft ist das Bild gerade umgekehrt. Während die jüngere Arbeiterschaft in den Zwanzigern im Jahre 1923 etwa 26 % der gesamten Arbeiterschaft ausmachte, war ihr Anteil im Jahre 1928 auf weniger als 22 % zurückgegangen.

Mit Recht ist gewarnt worden, aus diesen Ziffern voreilige Schlüsse zu ziehen und zu glauben, dass damit das Problem des älteren Arbeiters seine endgültige Erledigung gefunden hat. Wie ein industrieller Beobachter kürzlich cynisch ausführte, ist der aus dem industriellen Prozess ausgestossene Arbeiter über 40 Jahren nur ein Problem weniger Jahre. Bei dem jüngeren Arbeiter, der plötzlich brotlos wird, sei dagegen die Lage viel ernsthafter und müsse, falls es nicht zu einer Tragödie kommt, häufig in einer Verbrecherlaufbahn enden.

SPD. Bonn, 5. Mai (Eig. Drahtb.)

Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Bonn begann am Dienstag ein Landfriedensbruchprozess gegen 6 Kommunisten.

Am 7. Dezember 1930 kam es in Bonn nach einer Werbeveranstaltung der Nationalsozialisten zu Zusammenstößen mit Kommunisten, in deren Verlauf der nationalsozialistische Architekt Clemens einen Kopfschuss erhielt, an dessen Folgen er nach drei Tagen starb. Der Täter konnte damals nicht ermittelt werden. Ob die Gerichtsverhandlung, zu der annähernd 100 Zeugen geladen sind, ergeben wird wer den verhängnisvollen Schuss abgegeben hat, bleibt abzuwarten. Die angeklagten Kommunisten, die bis auf einen erschienen sind, sagen übereinstimmend aus, dass sie von den Nationalsozialisten angegriffen worden seien. Schon am Tage vorher hätten die Nationalsozialisten geäußert, dass sie die Altstadt von Kommunisten säubern wollten. Sie hätten sich deshalb in berechtigter Notwehr ihrer Haut gewehrt.

Von den bisher vernommenen Zeugen konnte niemand sagen, wer den Schuss abgegeben hat, da er aus einem grossen Menschenknäuel heraus gefallen sei.

SPD. Genf, 5. Mai (Eig. Drahtb.)

Die schwedische Regierung hat dem Spezialkomitee zur Ausarbeitung einer Konvention über Kriegsverhütungsmassnahmen einen Ergänzungstext zu dem vorliegenden Entwurf eines Abkommens übersandt. Danach sollen sich die Vertragsschliessenden verpflichten, den Empfehlungen des Völkerbundsrates zur Aufrechterhaltung des Friedens eine weitgehende Verbreitung in der Öffentlichkeit zu sichern und im Rahmen der nationalen Gesetzgebung jede die friedliche Lösung der Krise störende Propaganda in Wort und Schrift zu verhindern.

Der schwedische Vorschlag weist in seiner Begründung auf die grosse Gefahr einer unverantwortlichen tendenziösen hetzerischen Pressekampagne gegen die internationalen Beziehungen in Krisenzeiten hin. Eine formelle Verurteilung solcher journalistischer Methoden durch die Regierungen könne einen grossen Wert haben.

SPD. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Otter-Bochum und Rautenberg haben im Preussischen Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht :

"Am 1. Mai d.J. vormittags 10 Uhr sammelten sich die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, der freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei und auch andere Bochumer Bürger auf der Königsallee in Bochum zu einem Demonstrationszug. Etwa 40 m seitwärts von der Königsallee steht das Gebäude des Reform-Realgymnasiums. Als die Schüler des Reform-Realgymnasiums während der Schulpause die Maifeiernden auf der Königsallee bemerkten, setzte vom Schulhof und aus den Schulräumen heraus ein starker Lärm gegen die Versammelten ein. Laut und deutlich konnte man aus dem Gebrüll folgende Bemerkungen heraushören: "Ihr seid verrückt!" - "Ihr seid ja dof!" - "Pfui, pfui, ihr Lumpen!" - "Rache!" - "Heil Hitler!" u.a.m. Bei den Äusserungen: "Ihr seid ja dof" tippten sich die Schüler mit den Fingern an den Kopf; während der Aussprüche "Rache" schlugen sie ihre Hände übers Kreuz und demonstrierten damit das Hakenkreuz. Bei den Rufen "Heil Hitler" erhoben die Schüler ihre Hände und demonstrierten den Faschistengruss. Diese Beschimpfungen, Beleidigungen und Verächtlichmachung der Staatsbürger durch die Schüler vom Schulhof und den Schulräumen aus hat unter der Bochumer Bevölkerung eine Entrüstung und helle Empörung entfacht. Die preussischen Staatsbürger finden es unerhört und unerträglich, dass sie für die Aufrechterhaltung der Schule grosse Opfer bringen und hinterher von den Schülern belästigt, beschimpft, beleidigt und verächtlich gemacht werden. Gegen solchen Zustand legen die Bochumer Bürger bei der Regierung die schärfste Verwahrung ein.

Wir fragen das Staatsministerium: Ist es bereit, auf den Lehrkörper dahingehend einzuwirken, dass sich so ein tieftrauriger und beschämender Vorgang nicht mehr wiederholt?"

SPD. Genf, 5. Mai (Eig. Drahtb.)

Der spanische Aussenminister hat dem Völkerbundssekretariat mitgeteilt, dass er seine Regierung künftig im Europa-Komitee und im Völkerbundsrat vertreten werde. Diese Änderung in der spanischen Delegation zum Völkerbund ist insofern von Wichtigkeit, als Spanien den Berichterstatter für die Abrüstungskonferenz stellt.

SPD. Kiel, 5. Mai (Eig. Drahtb.)

Mit Knallfröschen, Schreckschüssen und ohrenbetäubendem Geheul sprengten die Nationalsozialisten mit Hilfe von Stahlhelmen in Lunden eine Versammlung des Ludendorff'schen Tannenberg-Bundes, in der über den kommenden Weltkrieg gesprochen werden sollte. Die Teilnehmer an der Versammlung wurden von der Polizei auf Waffen untersucht. Die Nazis aber hatten ihre Pistolen so gut versteckt, dass bis auf eine Scheintodpistole keine Waffen entdeckt wurden. Der Redner des Tannenberg-Bundes kam überhaupt nicht zu Wort. Fortgesetzt knallten die Schüsse in der Versammlung. Als endlich ein Ueberfallkommando der Polizei eintraf, wurde die Versammlung unter dem Gesang: "O Tannenbaum, o Tannenbaum" aufgelöst. Da die Nazis ihr Eintrittsgeld nicht zurückerhielten, bewarfen sie das Auto des Redners mit Steinen und zertrümmerten die Scheiben des Versammlungslokals. Etwa 20 Hitlerleute, die einen völlig unbeteiligten Reichsbannermann überfielen, mussten den Weg zur Wache antreten.

SPD. New York, 5. Mai (Eig. Drahtb.)

Wie aus dem Arbeitsberichte der American Association for Old Age Security (Amerikanische Vereinigung für Altersversicherung) hervorgeht, hat die Bewegung zur Einführung staatlicher Altersrenten im vergangenen Jahre einen überraschenden Aufschwung genommen. Die Bewegung hat unzweifelhaft durch die Wirtschaftskrise einen starken Antrieb erfahren. Die Krise hat auch den bürgerlichen Schichten Amerikas die Notwendigkeit zur Abwendung und Milderung besonders krasser Uebelstände vor Augen geführt. Mit der Einführung einer Altersrente in drei weiteren Staaten ist die Zahl der amerikanischen Bundesstaaten, die in der einen oder anderen Form für den Schutz ihrer arbeitsunfähigen Alten Sorge tragen, auf insgesamt fünfzehn gestiegen.

Inzwischen hat die gesetzgebende Körperschaft des Bundesstaats West-Virginia ein Alters-Pensions-Gesetz angenommen, das jetzt noch der Bestätigung durch den Staatsgouverneur harrt. Im Staate Oregon wurde eine parlamentarische Sonderkommission eingesetzt, die über den Status der betagten Bürger und Bürgerinnen berichten und Vorschläge für eine Pensionsvorlage ausarbeiten soll. Im Staate Colorado ist das bereits im Jahre 1927 passierte Pensionsgesetz nach langen Verzögerungen endlich in Kraft getreten. Auch in den Staaten Delaware, Idaho, Minnesota und Wyoming sind neue Vorlagen angenommen oder die vorhandenen unzulänglichen Gesetze derart erweitert worden, dass bereits an die Auszahlung der fälligen Pensionen gegangen werden konnte.

Nach langem Hin und Her erwartet man auch im Staate New Jersey bald eine befriedigende Regelung, die den über 70 Jahre alten mittellosen Männern und Frauen im Staate einen täglichen Mindestzuschuss von einem Dollar sichern soll. Die Arbeiterorganisationen von New Jersey sind mit aller Energie bemüht, dem Zögern der bürgerlichen Politiker ein Ende zu machen und wenigstens diese, wenn auch magere Vorlage unter Dach und Fach zu bringen. In New York sind die fortschrittlichen Elemente ebenfalls um eine Verbesserung der staatlichen Altersgesetzgebung bemüht, die erst am 1. Januar 1931 nach vielen Verzögerungen in Kraft getreten ist.

SPD. Stuttgart, 5. Mai (Eig. Drahtb.)

Im württembergischen Landtag, der zur Zeit bei der zweiten Beratung des Etats ist, erklärte die Regierung am Dienstag, dass der Etat bei seiner Uebermittlung an den Landtag vor drei Monaten zahlenmässig ausgeglichen gewesen sei. Heute sei das infolge des ständigen Rückganges der Einnahmen nicht mehr der Fall. Infolgedessen könne es bei den Beschlüssen, die der Finanzausschuss des Landtags inzwischen gefasst habe, nicht bleiben.

Von dem Ausfall an steuerlichen Ueberweisungen an die Länder, die das Reichsfinanzministerium auf 450 bis 500 Millionen Mark schätzt, wird der Anteil Württembergs nach den Mitteilungen des Finanzministers Dr. Dehlinger 18 bis 20 Millionen Mark betragen. Dazu kommen weitere Ausfälle infolge der Verschlechterung des Verteilungsschlüssels bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer. Insgesamt wird der Ausfall auf mindestens 10,07 Millionen Mark für den Staat und 4,65 Millionen Mark für die Gemeinden angenommen. Ausserdem entstehen infolge Verringerung der Holzpreise Mindereinnahmen der Forstverwaltung in Höhe von $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Auch aus den Rechtsmitteln steht weniger zur Verfügung als man bisher angenommen hat. Aus diesem Grunde und da eine Erhöhung von Steuern nicht in Frage komme, ist nach Ansicht der Regierung eine weitere Herabsetzung der im Etat vorgesehenen Ausgaben unvermeidlich. Das Staatsministerium hat deshalb beschlossen, sämtliche sachlichen Ausgaben über die bisherigen Festsetzungen hinaus um weitere 10 % herabzusetzen.

In der sich an diese Erklärungen anschliessenden Aussprache beschäftigte sich der sozialdemokratische Abgeordnete Keil mit der politischen Haltung der württembergischen Regierung im allgemeinen. Er machte ihr zum Vorwurf, dass

sie und ihre Organe sich nicht eindeutig genug auf den Boden der neuen Staatsordnung gestellt und sie nicht ausreichend gegen Angriffe in Schutz genommen hätte. Vor allem lasse ihre Haltung gegenüber den rechtsradikalen Feinden des Staates die erforderliche Klarheit vermissen. Staatspräsident Bolz habe z.B. den Bolizeibeamten nur die Propaganda für die Nationalsozialisten innerhalb des Amtes und der Kaserne verboten. Damit sei ihnen ein Freibrief für ihr ausseramtliches Eintreten für den extremen Radikalismus ausgestellt worden. Für einen Beamten, der den Eid auf die Verfassung geleistet habe, gehe es kein Recht, gegen die Verfassung zu kämpfen. In dieser Selbstverständlichkeit finde die politische Meinungsfreiheit der Beamten ihre Grenzen. Die Legalitätsversicherungen der Führer der nationalsozialistischen Bewegung seien nur eine neue Methode zur Verhüllung ihrer Schwäche und würden nur solange gelten, als die Illegalität keine Aussicht auf Erfolg biete. Schärfster Protest sei auch dagegen einzulegen, dass sich manche staatlichen Organe nichts scheuen, das ausdrücklich zum Schutze der Verfassung begründete Reichsbanner mit den Formationen der Nationalsozialisten in einen Topf zu werfen, nur, weil es sich auch einheitlich eingekleidet habe. Das Reichsbanner habe sich schon durch seine Existenz sowie durch seine Aktivität das Verdienst erworben, den Bürgerkrieg, der Deutschland im letzten Winter gedroht habe, vermieden zu haben.

Keil ging dann zur Erörterung der finanzpolitischen Fragen über und sprach die Finanzpolitik kritisch durch. Er setzte sich für eine Reorganisation des Branntweinmonopols, für die Einführung des Tabakmonopols, die Erhöhung der Benzinsteuern und als letztes Mittel für die Kreditaufnahme zur Abdeckung von Schulden ein. Scharf wandte er sich gegen die von der Deutschen Volkspartei neuerdings besonders betriebene Propaganda für einen Abbau der Sozialgesetzgebung. Es wirke provokatorisch auf die Arbeitslosen, Kriegsbeschädigten und Invalidenrentner, wenn Leute, deren eigener Tisch stets reichlich gedeckt ist, von "Auswüchsen" dieser Gesetzgebung sprechen. Das komme denen nicht zu, die nichts gegen die hohen Direktorengelöhner, Tantiemen und Dividenden beider grosskapitalistischen Unternehmungen einzuwenden haben. Für Preissenkungen müsse eingetreten werden, nicht aber für eine Senkung der Löhne, was nur zur Schwächung der Kaufkraft und damit zur Stockung der Wirtschaft führe.

Staatspräsident Bolz erwiderte, dass die Erwerbslosigkeit das schwerste und dringendste Problem der Zeit sei. Die Sommermonate müssten zur Abhilfe benutzt werden. Wenn die Wirtschaft aus eigenem nicht dazu komme, werde ein gesetzgeberisches Eingreifen nötig sein. Die jetzige Krise sei die Folge der Kriegerschütterungen und würde auch ein sozialdemokratisches Wirtschaftssystem betreffen. Im übrigen lehne er die Kaufkrafttheorie ab. So paradox es klinge, sage er, dass nur Mehrarbeit und sparsames Leben uns Besserungen bringen können.

SPD. Schneidemühl, 5. Mai (Eig. Drahtb.)

Der unter dem Verdacht der Spionage zugunsten Polens verhaftete Führer der Sturmabteilung der SA in Neustettin Otto Braatz hat inzwischen vor der Schneidemühler Kriminalpolizei ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er hat zugegeben, dass er Polen militärisches Material zukommen lassen wollte. Das sollte, wie es heisst, mit Kenntnis eines Teils seiner engeren Parteifreunde geschehen. Braatz ist bereits dem zuständigen Amtsrichter vorgeführt worden, der sofort Haftbefehl gegen ihn erlassen hat.

Der Landesverrat des Nationalsozialisten Braatz kam dadurch ans Tageslicht, dass er an einen im Kreise Flatow amtierenden polnischen Geistlichen, der früher deutscher Reichsangehöriger war und jetzt Vorstandsmitglied des Polenbundes ist, einen anonymen Brief richtete. In diesem Schreiben bot er dem Geistlichen gegen Bezahlung eines Betrages von 1500 Mark den Verrat militärischer Geheimnisse an. Gleichzeitig brachte er in dem Briefe zum Ausdruck, dass er durch seine Tätigkeit mit den polnischen Behörden in Beziehungen zu

treten hoffe. Die Annahme des landesverräterischen SA-Mannes, dass der Pfarrer auf den Brief reagieren würde, war jedoch irrig. Statt zu antworten und sich des landesverräterischen Angebots des Braatz zu bedienen, übergab der Pfarrer das Schreiben der deutschen Kriminalpolizei. Als Braatz dann von dem Postamt in Neustettin den Antwortbrief des Geistlichen abholen wollte, wurde er von der Polizei festgenommen.

Inwieweit Braatz in der Nationalsozialistischen Partei Helfershelfer gehabt hat, wird zurzeit von der Polizei noch eingehend untersucht.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Durch eine am 6. Mai zur Veröffentlichung gelangende Verordnung wird der Zoll für Weizen und Spelz zur Herstellung von Mehl oder Schrott für diejenigen Mühlenbetriebe, die in dem Kalender-Vierteljahr April/Juni 1930 ausländischen Weizen oder Spelz zu Mehl oder Schrott verarbeitet haben, in Höhe von 20 v.H. der gesamten, von ihnen in dieser Zeit nachweislich zu Mehl oder Schrott vermahlenden Mengen inländischen und ausländischen Weizens und Spelzes auf 20 Reichsmark je Doppelzentner ermässigt.

Diese Regelung gilt zunächst bis zum 15. Juni 1931 und ist den geltenden Vorschriften über den Vermahlungszwang für Inlandsweizen angepasst, sodass die derzeitige Vermahlungsquote von 50 v.H. völlig unberührt bleibt und eine für die Landwirtschaft nachteilige Wirkung auf dem deutschen Markt ausgeschlossen ist.

Die Mühlen werden gehalten werden, den ganzen Vorteil dieser Zollvergütung von 50 Reichsmark für die Tonne ausländischen Weizens den Verbrauchern dadurch zugute kommen zu lassen, dass eine entsprechende Senkung des Mehlpreises erfolgt.

SPD. Washington, 5. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Führer der amerikanischen Sektion der Internationalen Handelskammer erklärte Pressevertretern gegenüber, dass sich Amerika nie zur Streichung der sich auf 11 Milliarden beziffernden Kriegsschulden bereit erklären werde. Immerhin liesse sich eine Verlängerung der Zahlungsfristen erwägen. Wenn Deutschland ein Moratorium beantragen würde, so dürfte die amerikanische Geschäftswelt dafür sicherlich grösstes Verständnis aufbringen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft haben am 5. Mai Besprechungen mit den Berliner Mühlen stattgefunden über die Mittel und Wege, wie den Bäckern das Roggenmehl zu einem Preise angeboten werden kann, der es ihnen auch bei Würdigung aller Umstände ermöglicht, den alten Brotpreis wieder herzustellen. Die Berliner Mühlen haben sich grundsätzlich bereit erklärt, bei Hergabe gewisser Mengen von Roggen aus den Beständen der Deutschen Getreide-Handelsgesellschaft das Mehl zu einem entsprechenden Preise zu liefern. Die letzten Einzelheiten werden voraussichtlich im Laufe des 6. Mai festgelegt werden. An die anschliessenden Besprechungen mit den Mühlen werden sich die Verhandlungen mit den Berliner Bäckern wegen Senkung des Brotpreises unmittelbar anschliessen.

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Die Hinrichtung.

SPD. Bayern hat mit der Hinrichtung des Mörders Tetzner einen Schritt getan, der zur praktischen allgemeinen Wiedereinführung der Todesstrafe in Deutschland führen kann, wenn nicht die Gegner der Todesstrafe sich energisch zur Wehr setzen. Die Umstände dieser Hinrichtung sollten abschreckend genug wirken, um eine Wiederholung solchen Rückfalls des Staates in die Barbarei zu verhindern. Wir haben nicht die Absicht, die Einzelheiten dieser Hinrichtung zu schildern, wir geben lediglich wieder, wie der Tag vor der Hinrichtung sich in einem Münchener Blatt widerspiegelt.

Der sehr fromme "Bayerische Kurier" hat in breitester Form seinen Lesern das folgende vorgesetzt :

"Ein Korrespondent unseres Blattes hatte am Donnerstagabend noch Gelegenheit Tetzner zu sehen und zu sprechen. Tetzners Aussehen war bei dem Besuch vollkommen unverändert, sein Benehmen sehr freundlich und aufschlusswillig. Tetzner zeigte sich dann ausserordentlich gefasst und sah dem andern Tag mit erstaunlicher Ruhe entgegen. Sein ganzes Sein hatte er in seines Schöpfers Hand gelegt, jedes Wort bekundete ein felsenfestes tiefes Gottvertrauen. Als Sühne gebe ich mein Leben, sagte er, und so will ich dann wieder rein vor meinen höchsten Richter, meinen Gott, treten. Am Donnerstag hatte er, um Busse zu tun gefastet, und das Abendmahl empfangen. Am Freitag hat er gut gegessen. Er bekam Nierenbraten mit gemischtem Salat und Bier, sowie Zigaretten und abends Zwiebelfleisch mit gleichen Zutaten. Es habe ihm gut geschmeckt, die Liebespakete, die er von Unbekannten erhalten hat, kann er nicht aufessen."

Das ist für jene Spiessbürger, denen man zugleich mit der rührseligen Erzählung vom vollen Gottvertrauen des Mörders erzählt, dass er Nierenbraten mit gemischtem Salat gegessen und dazu Bier getrunken hat. Wir wünschen jenen Spiessbürgern, die nach seinem Kopf geschrien haben, und die zu ihrem Morgenkaffee mit Begierde lesen, was er zuletzt noch gegessen hat, dass sie niemals mehr Nierenbraten mit gemischtem Salat essen können, ohne dass sie dabei denken müssen: danach haben sie ihm den Kopf abgeschlagen!

Die klerikale Propaganda in diesem Blatt benutzt die schauerliche Tatsache einer Hinrichtung, sie dient andererseits der Propaganda für die Todesstrafe. Ein Wort aber noch: Tetzner hat ein viehisches Verbrechen begangen. Er hat einen armen Handwerksburschen eingeladen, er hat ihn gespeist und ihn dann ermordet. Muss der Staat auf das Niveau des Tetzner sinken? Muss er ihm Nierenbraten mit gemischtem Salat vorsetzen, um ihn dann mit schauerlichem Zeremoniell gesetzlich zu morden ?

Das völkische Rassenzuchtdorf.

Herr Rosenberg, der in seinem Buch "Der Mythos des 20. Jahrhunderts" den Gedanken der Vielehe vertreten hat, findet den Beifall eines Völkischen namens Dr. Hentschel, der in der Zeitschrift "Der Hammer" das folgende schreibt :

"Dabei war das, was Rosenberg vorgetragen hatte, das Geringste, vom Standpunkte einer reifen Männlichkeit zu sagen war, wobei ich noch bemerke, dass ich auch die Verwahrung Rosenbergs in betreff der Einehe durchaus billige. Kein vernünftiger Mensch wird züchterische Veranstaltungen in ein modernes Babel, also in die Stadtkultur verlegen, sie kommt nur für ländliche Reservate nach Art der Mitgart-Dörfer in Frage."

Wenn die Herren vom Hakenkreuz sich für die Höherzucht ihrer Rasse auf

die reife Männlichkeit Goebbels verlassen würden, so würden sie verlassen sein, selbst wenn man ihn mit einer walkürenhaften blonden deutschen Jungfrau unter besonderen Kautelen paaren würde. Die Herrschaften werden für ihre Mitgarterdörfer eine sehr gründliche Auslese unter ihren robustesten SA-Leuten treffen müssen, um für die Aufgaben und Anstrengungen dieser "züchterischen Veranstaltungen" die geeigneten männlichen Exemplare zu finden, die in den Mitgarterdörfern bei den germanischen deutschen Jungfrauen die Funktionen zu erfüllen haben die sonst der Bulle bei den Kühen vollzieht!

Staat im Staate!

In den Bekanntmachungen des Stahlhelm für eine Stahlhelmkundgebung in Breslau liest man :

"Die Organe des Bundesgeheimdienstes sind berechtigt und verpflichtet, gegen Kameraden, die gegen das Ansehen und die Disziplin des Bundes verstossen, vorzugehen und ihre Feststellung nötigenfalls durch die Landespolizei zu erwirken. In jedem Fall erfolgt die Abnahme von Mitgliedsbuch und Bundesabzeichen. Die Organe des Bundesgeheimdienstes versehen ihren Dienst in Zivil."

Der Stahlhelm besitzt demnach eine geheime Polizei, so eine Art von Tschecka. Zur Militärorganisation die Kriminalpolizei - wer zweifelt noch, dass der Stahlhelm ein Staat im Staat sein will!

Das dicke Ende kommt nach.

Nach dem Stahlhelmvolksbegehren kommt das dicke Ende der Bezahlung der Kosten. Damit hapert es. Also verlautbart die Bundesleitung des Stahlhelm; "Denjenigen Dienststellen, die während der Volksbegehren-Aktion Werbematerial zugestellt erhielten, ohne bisher eine Bezahlung dafür geleistet zu haben, wird zur Pflicht gemacht, für umgehende Begleichung der Rechnungsbeträge durch Ueberweisung an die Bank für Landwirtschaft, Sonderkonto Stahlhelm-Propaganda Sorge zu tragen. Ausstehende Beträge werden durch Postnachnahme erhoben." Was aber dann, wenn die Postnachnahmen nicht eingelöst werden? Wer bleibt dann an den Kosten hängen? Sind die Druckkosten schon bezahlt oder müssen die Drucker dem Stahlhelm die Kosten stunden?

Au-wei!

Im schmalzigen Ton eines echten Schundromans setzt uns der "Völkische Beobachter" des Herrn Hitler das folgende vor :

"Prinz und Arbeiter sprechen diesen Abend im grössten Saal Münchens unter dem Banner des Hakenkreuzes. Brausend hallte der Ruf von den Toren, als der nationalsozialistische Prinz und der nationalsozialistische Arbeiter zur Rednertribüne schritten. Ob der Magen knurrte vor Hunger oder die Seele weinen mochte vor Not und Elend zu Hause, so wuchteten die SA-Männer vorüber und tauchten ihre Blicke in die Augen des Prinzen und Schlossers. Augenblicke des beseligendsten Glücksgefühls waren es, als sie Seit an Seit standen im Braunhemd unserer Kämpfer, Hohenzollernprinz und Arbeiter."

O wie wunderbar schön! Und als sie dann zum Braunen Hause zogen, Prinz Auwei und der Arbeiter, da ging der eine in die Herrenabteilung erster Klasse und der andere in die Schwemme in die dritte Klasse. Prosit!

Aus aller Welt

Grosstag der Kriminalistik.

Lokaltermin im Prozess gegen den Artisten Urban - Erfolg auf der Suche nach dem Briefträgermörder - Der Kragen als Verräter.

SPD. Berlin erlebt augenblicklich kriminalistische Grosstage. In der Verhandlung gegen den Artisten Urban, den Kinomörder von Neukölln, fand am Dienstag Vormittag ein Lokaltermin statt durch dessen Ergebnisse freilich die unselige Bluttat, der der Geschäftsführer Schmoller vom Mercedes-Palast zum Opfer fiel, nicht geklärt sein dürfte.

Das andere Ereignis des Tages: man hat die Persönlichkeit des Mannes festgestellt, der am 1. Mai in Berlin-Schöneberg den Geldbriefträger Schwan ermordete und um 6 500 Mark beraubte. Es ist der seit dem 2. Mai flüchtige 24 Jahre alte Maurer Ernst Reins aus Berlin-Charlottenburg. Reins ist 1,75 Meter gross, hat dunkles Haar, ein kluges, ziemlich fein geschnittenes Gesicht, eine kleine Mundpartie. Reins trug eine Brille. Es wird fieberhaft nach ihm gefahndet.

Der Unheimliche.

Lokaltermine sind ein beliebtes Mittel der Kriminalistik. Abgesehen davon, dass sie recht oft dazu führen, unrichtige Aussagen des Täters zu korrigieren und so wesentlich zur Wahrheitsbildung beitragen, erscheinen sie auch oft geeignet, die Seele des Angeklagten zu erschüttern. Was oft das Zureden des Gerichts und der Zuspruch des Verteidigers beim Angeklagten nicht vermag, das erreicht das Wiedersehen der Stätte, an der das Verbrechen sich abspielte: der Täter wird weich, der Täter redet. Aber der Artist Karl Urban, der sich einmal als den "Mann mit den eisernen Nerven" bezeichnete - er macht diesem Titel Ehre. Mit einer unheimlichen Starre in dem glattrasierten, nicht unschön geformten Gesicht steht er da, hört sich die ausführlichen Theorien der Schiesssachverständigen mit hervorragend gespielter Ruhe an und zeigt sich auch nicht im geringsten bewegt, sich bei dieser Gelegenheit ganz offensichtliche Widersprüche zwischen dem rekonstruierten Tatbestand und seinem eigenen Geständnis ergeben. Urban will, wie man schon vom ersten Verhandlungstag her weiss, im Affekt den Todesschuss auf den Geschäftsführer Schmoller abgegeben haben, während doch ziemlich viel Wahrscheinlichkeit dafür spricht, dass es sich um einen wohlgezielten Nahschuss handelt.

Das leere Zimmer.

Ganz genau wird der Mordvorgang am Abend des 20. Januar 1931, während unter auf der Bühne ein buntes Variété-Programm abrollte, in dem kleinen Zimmer, in dem sich die schreckliche Tat abspielte, rekonstruiert. Seitdem der unheimliche Raubmord geschah, will hier niemand mehr arbeiten. An der Wand hängen, in ihrem Wortlaut fast gespenstisch wirkend, zwei Plakate; ein rotes: auf dem steht: "Einbruch, die grosse Sensation!", und ein weisses: "Hier liegen die gesamten Unfallverhütungsvorschriften zur Einsichtnahme aus". Gegen das Schlimmere, den Tod durch Raubmord, half dem Verwalter der Unfallisten kein Mittel...

Der Bühnenmeister des Hauses setzt sich an den Schreibtisch, an dem Schmoller arbeitete. Der wahrscheinliche Verlauf des furchtbaren Geschehens wird rekonstruiert. Eine Hörprobe: um die Treppe hinaufzueilen, brauchte der Mörder 14 Sekunden. Aber hat es nun zwischen dem Mörder und seinem Opfer einen Kampf gegeben? Hat Urban das nach dem blutigen Ereignis fehlende Geld mitgenommen, oder hat sich ein dritter, der geheimnisvolle Unbekannte, an der Summe vergriffen? Man weiss es nicht, man kann nur dieses oder jenes vermuten. Und der Mann mit den eisernen Nerven steht still im Hintergrund und schweigt.

Im lila Licht.

Zwei Mal versammelt man sich auf der Bühne: "Stellprobe" nach der entsetzlichen Ur- und Letztaufführung. Zuerst muss Urban den Weg zeigen, den er am Mordabend über die Bühne des Lichtspieltheaters nahm, um dann die Seitentreppe hinauf zu eilen, die nach dem separat gelegenen Zimmer Schmollers führte. Genau wie am Mordabend steht der Organist vor dem Vorhang. Er hatte Urban erkannt und mit dem Zuruf "Guten Abend Urban" Urban begrüsst.

Dann, nach der langen Debatte im Geschäftsführerzimmer, gehts noch einmal zurück auf die Bühne: nun zeigt Urban den umständlichen Rückweg, den er nahm. An sich hätte er direkt durch einen Seitenausgang auf den Hof eilen können. Damit, dass er abermals über die Bühne eilte, will er seine Verwirrung zurzeit der Tat erklären. Der Rückweg wurde ihm zum Verräter: das lila Licht der Szene, das das Licht wieder einschalten lässt, war hell genug, um ihn halb-deutlich erkennbar zu machen. Als der Bühnenmeister sagte "Das war doch Urban", antwortete der mit diesen Worten angesprochene Beleuchter: "Aber der ist doch in Amerika". Aber der Bühnenmeister hat in trauriger Weise recht behalten.

Todesantrag des Staatsanwalts.

Wieder im Moabiter Kriminalgericht in der Nachmittagssitzung gab Medizinalrat Dr. Dyrenfurth sein medizinisches Gutachten über den Angeklagten ab und schilderte ihn als eine alkoholisch beeinflusste, aber geistig absolut normale Persönlichkeit. Anschliessend wurde Urbans Geständnisbrief verlesen, den er "in der Nacht zu meinem Hochzeitstage" in der Gefängniszelle geschrieben hatte. Er betont in diesem Brief, dass er die als Raub beabsichtigte Tat nur aus Liebe zu seiner Braut unternommen habe; er habe vor ihr seinen Geldmangel verheimlichen wollen. Während der Verlesung dieses Briefes bricht Urban, "der Mann mit den eisernen Nerven", in Tränen aus.

In einem ausführlichen Plädoyer hielt der Staatsanwalt seine Mordanklage aufrecht und beantragte gegen Urban die Todesstrafe. Der von dem Angeklagten begangene Mord in Tateinheit mit schwerem Raub sei durch Indizien klar erwiesen. Urban habe den Plan zum Mord mit kalter Ueberlegung gefasst und ausgeführt. Dieser Antrag war zu erwarten.

Und der Maurer Reins-

Fast in denselben Stunden, die an Ort und Stelle die Klärung des Verbrechens am Kinodirektor Schmöller bringen sollten, zieht sich die Schlinge um einen Anderen zusammen. Auf kriminalistisch interessante Weise wird der 24 Jahre alte stellungslose Maurer Ernst Reins aus Berlin-Charlottenburg als der Mörder des Geldbriefträgers Schwan ermittelt. Schwan büsste sein Leben am Morgen des 1. Mai bei Beginn seines täglichen Bestellganges ein; sein Mörder, Ernst Reins, ist seit dem 2. Mai flüchtig.

In der Wohnung in der Gossowstrasse in Berlin-Schöneberg, in der der Mord geschah, hatte der Täter einen Kragen liegen lassen: in dem Kampf mit dem Opfer war er ihm zerrissen und blutig geworden. Der Mordkommission gelang die Entzifferung des verwischten Wäschezeichens. Durch Umfrage in zahllosen Wäschereien Gross-Berlins wurde der Betrieb festgestellt, der die Bezifferung vorgenommen hatte. Bald hatte man die Adresse des ehemaligen Kragenbesitzers. Der Betreffende hatte ihn an den Maurer Reins verschenkt. Der Kreis schliesst sich: Reins ist, zusammen mit seinen beiden Schwestern Jenny und Inge seit dem 2. Mai flüchtig.

Die Briefe des Eintänzers.

Es gibt noch weitere Beweise für die Täterschaft des Reins: ein am Tatort zurückgebliebener Schlips, von dem festgestellt werden konnte, dass er ein Geschenk der Braut an Reins war; die Aussage eines jungen Mädchens, einer früheren Freundin des Reins, die den Maurer am Tage der Tat getroffen und Blutspuren an ihm entdeckt hatte; die bei den Schwestern des Reins vorgefundene Korrespondenz mit dem Wiener Eintänzer Wiechl, dessen Visitenkarte Reins als eigene bei seinem Einzug in die Mordwohnung benutzt hatte. - Man weiss den Täter. Aber noch weiss man nicht den Weg seiner Flucht. Die Kriminalpolizei ruft das Publikum zur Mithilfe bei der Fahndung auf. + + +

Typhus=Epidemie in Lettland. In den polnisch=lettischen Grenzgebieten ist eine schwere Typhus=Epidemie ausgebrochen. Vermutlich wird die lettisch=polnische Grenze für jeden Verkehr gesperrt werden.

+ + +

Verunglückter Rekordflieger. Der englische Rekordflieger Kidston, der in der vergangenen Woche die Flugstrecke London=Kapstadt in der Rekordzeit von sechs Tagen bewältigte, verunglückte bei einem Flugzeugunfall bei van Reenen (Natal, Südafrika) tödlich.

+ + +

Amerikas neuestes Luftschiff. In kurzer Zeit soll das neue amerikanische Luftschiff "Acron", das zweimal so gross sein soll wie der deutsche "Graf Zeppelin", fertiggestellt sein. Nach Erklärungen des Generals Mitchell, des Chefs der Luftflotte der USA, soll das Luftschiff vier Mal hintereinander den Ozean überqueren können, bevor eine Neufüllung notwendig sei. Ebenso wäre der Erdumflug als Non stop=Flug möglich. Das Luftschiff soll gleichzeitig als Flugzeugmutterschiff dienen.

Dieser Tage wurde in Amerika ein Riesenkampfflugzeug der Fokker=Fluggesellschaft vorgeführt, das, mit sechs Maschinengewehren bewaffnet, eine Geschwindigkeit von 300 Kilometern pro Stunde entwickeln kann. Ferner kann dieser mit sechs Motoren ausgerüstete Eindecker, der trotz riesiger Ausmasse sehr manövrierfähig sein soll, mehrere Bomben im Gewicht von 500 Pfund mit sich führen. Das Flugzeug hat den bezeichnenden Namen "Der fliegende Tank" erhalten.

+ + +

150 000 Dollar erpresst. Gegen Zahlung von 150 000 Dollar Lösegeld entliessen mehrere Chikagoer Banditen den vor wenigen Tagen gefangenen Kaufmann Hackett aus Blue Island bei Chikago. Einen Angestellten des Kaufmanns haben die Banditen vor wenigen Wochen erschossen.

+ + +

Verurteilter Rechtsanwalt. Vom Schöffengericht Berlin=Mitte wurde am Dienstag nach langer Verhandlung der frühere Rechtsanwalt und Notar Dr. Ludwig Goldberg wegen Unterschlagung ihm anvertrauter Stempelsteuerbeträge in Höhe von 7 000 Mark zu sechs Monaten Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

+ + +

Neuer Segelflugrekord. Der Segelflieger Grönhoff hat mit seinem Segelflugzeug "Fafnir" der Rhön=Rossitengesellschaft, mit dem er sich an der Eröffnung des Münchener Flughafens beteiligte, einen neuen Weltrekord im Weitflug aufgestellt. Grönhoff stieg mittags 12 Uhr auf dem Münchener Flugplatz Oberwiesenthal auf, segelte zuerst über der Stadt und wandte sich dann nach Norden der Donau zu. Um 17 Uhr wurde er über Regensburg gesichtet, überflog dann den Bayerischen= und den Böhmerwald und landete 20,30 Uhr bei Kaaden im tschechischen Erzgebirge, 265 Kilometer vom Aufstiegsort entfernt. Mit dieser Leistung überbot Grönhoff den bisherigen Streckenrekord im Segelflug, den der Flieger Kronfeldt aufgestellt hatte, um rund 100 Kilometer.

+ + +

Autokatastrophe:drei Tote. In der Nähe von Boulogne fuhr ein mit drei Personen besetztes Auto infolge Steuerbruchs in einen Kanal. Die drei Insassen ertranken.

+ + +

In den Fluss gestürzt. Auf dem Szurduk=Pass (Rumänien) durchbrach ein mit sechs Personen besetztes Lastauto, das einem entgegenkommenden Bauernfuhrwerk ausweichen wollte, das Strassengeländer und stürzte den Abhang hinab in einen Fluss. Fünf Personen kamen ums Leben, der Chauffeur wurde schwer verletzt.



Die Nahrungsmittelindustrie.

(Die kleinen und teuer arbeitenden Betriebe in der Mehrzahl.)

SPD. Der Kampf um den Brotpreis hat in der Öffentlichkeit aufs neue auf die Verhältnisse in den Bäckereien und Fleischereien aufmerksam gemacht. Man wird sich wieder einmal bewusst, dass das Nahrungsmittelgewerbe zu teuer arbeitet, nicht weil der Lohn zu hoch oder die soziale Belastung zu stark ist, sondern weil es sich bei unseren Bäckereien und Fleischereien in der Ueberzahl um Zwergbetriebe handelt. Der zu geringe Umsatz, der meistens auf den einzelnen Betrieb entfällt, bedingt eine Ueberhöhung der Unkosten, die Unwirtschaftlichkeit. Es kann festgestellt werden, dass z.B. im Bäckereigewerbe der Grossbetrieb weit billiger arbeitet als der Kleinbetrieb. Dagegen sind im Kleinbetrieb die Verteilungskosten geringer. Die Unwirtschaftlichkeit liesse sich also dadurch beseitigen, dass der Grossbetrieb produziert, der Kleinbetrieb dagegen die Verteilung übernimmt und sich im übrigen auf die Herstellung von Gebäck usw. beschränkt. Eine solche Arbeitsteilung ist im Auslande z.B. in Dänemark durchgeführt. In Deutschland befinden wir uns aber erst in den Anfängen.

Der Gesamtumsatz in der Brotindustrie Deutschlands macht nach der letzten vorliegenden Aufstellung des Reichsstatistischen Amtes rund 2616 Millionen Mark aus. Das ist eine Riesensumme, die den Produktionswert mancher Industrie übersteigt, über die in der Öffentlichkeit weit mehr debattiert wird als über unsere Bäckereien. In den Umsatz von über $2\frac{1}{2}$ Milliarden Mark teilen sich 100 005 Bäckereibetriebe. Damit ist die Verzweigung dieses Wirtschaftszweiges wohl klassisch gekennzeichnet. Die Grossbetriebe sind am Gesamtumsatz nur mit 196 Millionen Mark beteiligt. Im Durchschnitt entfällt auf einen Betrieb ein Umsatz von 26 150 Mark. Man muss aber bedenken, dass allein 9380 Betriebe einen Umsatz von bis 5 000 Mark und fast 48 000 Betriebe einen Umsatz von 5 bis 20 000 Mark haben, während nur 1700 Betriebe einen Umsatz von 100 000 bis 500 000, 93 Betriebe einen solchen von $\frac{1}{2}$ Million bis 1 Million und 62 Betriebe einen Umsatz von über 1 Million nachweisen. In den einzelnen Städten und Landesteilen sind die Abweichungen selbstverständlich verschieden. Während der Klein- und Zwergbetrieb in Oberschlesien, in der Grenzmark, in Süddeutschland und Anhalt vorherrscht, weisen die Hansastädte sowie einige andere Grossstädte eine stärkere Betriebskonzentration auf. Der durchschnittliche Umsatz in Hamburg beträgt z.B. fast 89 000 Mark, in Thüringen aber eben 19 690 Mark. Von den Grosstädten steht Altona mit über 100 000 Mark Durchschnittsumsatz an erster Stelle. Den niedrigsten Umsatz hat Hindenburg in Oberschlesien mit 18 800 Mark. Im Reichsdurchschnitt entfallen auf je 10 000 Einwohner 16 Betriebe. In Anhalt sind es 24 Betriebe, in Hamburg dagegen nur 6.

Der jährliche Umsatz pro Kopf wird im Reichsdurchschnitt mit 42 Mark berechnet. Bremen übertrifft diesen Satz mit 61 Mark, Lübeck mit 54 und Sachsen mit 52 Mark, während Oberschlesien mit 26 und Ostpreussen mit 19 weit unter dem Durchschnitt bleiben. Von den Grosstädten hat Elberfeld mit 77 Mark einen weit überdurchschnittlichen Verbrauch. Dagegen weist Hindenburg in Oberschlesien einen durchschnittlichen Jahresumsatz in Höhe von 25 Mark nach.

Im Fleischergewerbe ist die wirtschaftliche Kapazität im Einzelfall erheblich grösser als in der Bäckereigewerbe. Im Durchschnitt ergibt sich für die Fleischerei ein Jahresumsatz von 54 527 Mark. Das ist gerade doppelt so

viel als bei den Bäckereien. Auch in der Fleischerei gibt es starke Unterschiede in den einzelnen Landesteilen bzw. in den einzelnen Städten. So beträgt der Umsatz je Betrieb in Stettin fast 168 000 Mark, in Berlin aber nur 149 000 Mark. Besonders niedrig liegen die Durchschnittswerte in Aachen mit noch nicht ganz 50 000 Mark. Auf je 10 000 Einwohner entfallen 14 Betriebe (in der Bäckerei 16), Insgesamt ergibt sich für die Fleischerei ein Jahresumsatz von fast 4500 Millionen Mark. Die besonderen Verhältnisse im Fleischer-gewerbe arbeiten sich wohl am besten heraus, wenn man überlegt, dass es im Bäckergewerbe über 57 200 Betriebe = 57,21 % mit einem jährlichen Gesamtumsatz von bis 20 000 Mark gibt, die am Gesamtumsatz mit 24,03 % beteiligt sind. Im Fleischergewerbe gibt es etwa 31 600 Betriebe = 38,51 % mit einem Umsatz bis 20 000 Mark. Sie sind am Gesamtumsatz nur mit 6,17 % beteiligt. Das Bäckerge-werbe weist weiter 62 Betriebe = 0,06 % mit einem Umsatz von über 1 Million Mark auf, auf die vom Gesamtumsatz 4,99 % entfallen. Im Fleischergewerbe sind es 254 Betriebe = 0,31 % mit einem Anteil am Gesamtumsatz von 11,85 %.

Aus diesen Feststellungen geht der Zwang zur unrationellen Produktion her vor. Allerdings muss man berücksichtigen, dass in diesen Zwergbetrieben die Familienangehörigen mithelfen, dass im Betrieb Produktion und Verkauf verei-nigt und der Handel ausgeschaltet ist und dass Unkosten für Warenversand bezw. Verluste für Warenschwund bei längerer Lagerung kaum entstehen. Erfahrungsge-mäss spielt in diesen Betrieben auch das Lohnkonto keine allzu grosse Rolle. Im Bäckergewerbe gibt es über 37 000 Betriebe = 40 % aller Betriebe, in denen keine Gehilfen beschäftigt werden; also Zweifünftel des ganzen Gewerbes können unmöglich von hohen Gesellenlöhnen und von überhöhten sozialen Abgaben spre-chen. Das Bild wird ergänzt, wenn man erfährt, dass es weiter über 17 500 Betriebe gibt, in denen Familienangehörige mitarbeiten. Ähnlich liegen die Ver-hältnisse im Fleischergewerbe.

Die Unwirtschaftlichkeit in diesen Betrieben hat zur Ueberhöhung der Ver-dienstspanne geführt. Wenn es Sinn der Krise in einer kapitalistischen Wirt-schaft ist, die Verhältnisse zu bereinigen, dann muss die gegenwärtige Krise zum Druck auf die Verdienstspanne führen. Darum geht es jetzt in erster Linie im Kampf um den Brotpreis. Die Bäcker versuchen die Verdienstspanne der Hoch-konjunkturzeit zu behaupten. Sie sind der Meinung, das liesse sich durch Preis festsetzung machen. Sie berücksichtigen nicht, dass der Umsatz eine Frage des Preises ist und dass zuguterletzt der Umsatz über die Höhe der Verdienst-spannen entscheidet. Das wird man auch in den Bäckereien erfahren müssen.

SPD. Die "Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung" (herausgegeben von Professor Karl Brandt, Institut für Landwirtschaftliche Marktforschung) nehmen im Aprilheft in einer längeren Arbeit ausführlich Stellung zu dem, was nach vierjährigem Kampf um das Reichsmilchgesetz und seine Ausführungsbestim-mungen im Falle der Zustimmung durch den Reichsrat für die Milchversorgung getan sein wird.

Die Milchgesetzgebung ist von ebenso grosser hygienischer Bedeutung für die Volksgesundheit wie von wirtschaftlicher Wichtigkeit für den Erzeuger. Die Milch kann, sowohl durch in ihr enthaltene Erreger von Rinderkrankheiten die menschliche Gesundheit schädigen, (Rindertuberkulose, Abortus Bang, Maul- und Klauenseuche) wie menschliche Krankheiten von den bei der Milchgewinnung und -verarbeitung tätigen Personen auf die Verbraucher übertragen, zumal Typhus-epidemien konnten bis in die letzten Jahre einwandfrei auf den Genuss infi-zierter Milch zurückgeführt werden. Die Grundforderungen, die an eine hygie-nische Milchversorgung gestellt werden müssen, sind: die Ausschliessung der Milch kranker Kühe, die peinlichste Sauberkeit bei der Gewinnung und Abfüllung, insbesondere Benutzung von praktisch sterilen Milchgeräten und -gefäs-sen, die Verhinderung der Keimvermehrung durch das einzig zulässige Mittel

der Kühlung und die Nichtanwendung von Neutralisierungsmitteln.

Dazu tritt im Interesse der Belieferung mit einem nicht nur ungefährlichen, sondern in seinem natürlichen Nährwert erhaltenen Nahrungsmittel die Verhinderung aller Milchverfälschungen wie Abrahmen, Wässern, Magermilchzusatz und dergleichen. Von der wirtschaftlichen Seite des Milchproblems her ist anzustreben, dass der Milchkonsum gehoben und damit dem Landwirt neue Absatzmöglichkeiten erschlossen werden. Hierher gehören alle Bestrebungen zur Hebung der Milchqualität. Da man oft die Erfahrung macht, dass Erwachsene eine Abneigung gegen Milch haben, ist die gesetzliche Qualitätsförderung aller Milcherzeugnisse (man kann durch Gärungsprozesse, Zusatz usw. die Milch verdaulicher machen) von grosser wirtschaftlicher Bedeutung.

Diese Ziele können entweder durch ein System von allgemein geltenden Mindestanforderungen an Milch und Milcherzeugnisse oder durch gestufte Anforderungen an die Gewinnung und Behandlung verschiedener Qualitäten von Handelsmilch und Milcherzeugnissen erreicht werden. Die deutsche Milchgesetzgebung hat grundsätzlich den Weg der allgemein geltenden Mindestanforderungen gewählt. Die praktisch unbedeutenden Bestimmungen über Markenmilch könnten allenfalls als ein Ansatz zur Qualitätsstufung angesehen werden, wenn nicht die Kontrolle der wichtigsten Anforderungen an Gewinnung, Behandlung und Beschaffenheit der Markenmilch den bei den Landwirtschaftskammern zu bildenden Stellen übertragen worden wäre. Die Ausführungsbestimmungen werden deshalb im Falle ihrer Annahme durch den Reichsrat daran schuld sein, wenn die Bestrebungen zur Schaffung reichsweiter Güteklassen für Milch vielleicht auf Jahrzehnte gescheitert sind und sie in ganz Deutschland lokal verschiedene Milchgradierungssysteme entwickeln.

Bei der ins einzelne gehenden Untersuchung, welchen hygienischen und wirtschaftlichen Anforderungen das Gesetzgebungswerk auf dem von ihm beschrifteten Wert der Mindestanforderungen für gewöhnliche Handelsmilch gerecht geworden ist, kommt das Institut zu dem folgenden Ergebnis:

Gemessen an den eingangs umrissenen Aufgaben der Milchgesetzgebung ist das deutsche Milchgesetzgebungswerk in wichtigen Beziehungen unzureichend. Seine Seuchenbestimmungen sind theoretisch befriedigend, aber infolge Fehlens eines ausreichenden Kontrollapparates organisatorisch unzulänglich. Die Anforderungen an Gewinnung und Behandlung der Milch sind vielfach ungenau und nachgiebig. Damit soll keinesfalls bestritten werden, dass auch eine Reihe guter Vorschriften vorhanden ist. Da auch die Begriffsbestimmungen die qualitativen Anforderungen zum Teil den Landesbehörden übertragen, zum Teil (Milcherzeugnisse) zu niedrig halten, ist eine positive Hebung der Qualität von Milch und Milcherzeugnissen als Folge der Milchgesetzgebung und damit deren wirtschaftlicher Wert für die Landwirtschaft zum mindesten äusserst zweifelhaft.

SPD. Das Kalisyndikat teilt mit: "Die Abladungen der zum Deutschen Kalisyndikat gehörenden Kaliwerke im April 1931 betragen 635 742 dz Reinkali gegen 797 570 dz Reinkali im gleichen Monat des Vorjahres. In den ersten vier Monaten des laufenden Kalenderjahres wurden von den Kaliwerken insgesamt 5 134 028 dz Reinkali gegen 6 561 058 dz Reinkali in der gleichen Zeit des Vorjahres versandt. Die Abladungen im Düngejahr 1930/31 (Mai 1930 bis April 1931) betragen 12 140 523 dz Reinkali gegen 14 026 665 dz Reinkali im Düngejahr 1929/30.

In diesen Zahlen sind die Abladungen der Kaliwerke für die Exportländer des Syndikats mitenthalten.

SPD. In der sozialistischen Kritik an der kapitalistischen Wirtschaft spielt seit langem die Geschichte der Versenkung von Kaffee ins Meer eine Rolle. Oft wurde Kaffee ins Meer versenkt, um die Preise zu stützen.

Die Ueberfülle des erzeugten Kaffees macht den kaffeeproduzierenden Ländern, in erster Linie Brasilien, auch gegenwärtig wieder die schwersten Sorgen. Obwohl die Kaffeepreise katastrophal gesunken sind - der Kaffee kostet heute auf dem Weltmarkt nur noch ein Drittel dessen, was er im Februar 1929 gekostet hat -, sitzt Brasilien noch immer auf Vorräten von etwa 20 Millionen Sack fest, die selbst bei den heutigen Katastrophenpreisen noch einen Wert von 600 Millionen Mark repräsentieren. Vorläufig besteht keine Aussicht, dass diese Vorräte neben der laufenden Produktion verkauft werden könnten. Deshalb sind die grössten kaffeeproduzierenden Provinzen Brasiliens zu dem echt kapitalistischen Ausweg geschritten, die Kaffeevorräte planmässig zu vernichten. Sie haben untereinander eine Vereinbarung über die Schaffung eines Kaffeeausfuhrzolles getroffen, dessen Ertrag dazu dienen soll, die unverkäuflichen Vorräte anzukaufen und zu vernichten. Der Zoll beträgt etwa ein Drittel des heutigen Kaffeepreises, so dass aus seinem Ertrag jährlich Vorräte in Höhe von etwa 30 % der laufenden Produktion vernichtet werden können. Dieser Kaffeeausfuhrzoll ist wohl das beste Schulbeispiel für die Widersinnigkeiten, die sich aus der kapitalistischen "Ordnung" der Wirtschaft ergeben.

Berliner Viehmarkt.

(5.Mai)

SPD. Auf dem Schweinemarkt setzten sich Preiserhöhungen durch, Das gilt besonders für fette Tiere, die nicht in genügendem Umfang angeboten waren. Im übrigen entsprach der Auftrieb mit etwa 18 300 Stück der Nachfrage. Das Geschäft auf dem Hammelmarkt war ruhig. Die Preise gaben zum Teil nach. Preisabschläge gab es auch auf dem Kälbermarkt, wo genügendes Angebot vorhanden war. Die Preise auf dem Rindermarkt gaben nach.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 31 - 36 (voriger Markt 32-37), b) 25-30 (26-31), c) 22-24 (22-25), d) 18-20 (19-21), Kalber: a) - (-), b) 65-77 (65-78), c) 45-63 (48-63), d) 30-40 (30-42), Schweine: a) (über 300 Pfund) 46-47 (46), b) (240-300 Pfund) 46-47 (45-46), c) (200-240 Pfund) 45-46 (44-45), d) (160-200 Pfund) (42-45 (41-43), 4) (120-160 Pfund) 38-41 (38-40), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 43 (42).

SPD. Der vom Reichsstatistischen Amt errechnete Aktienindex ist in der verfloßenen Woche von 91,5 auf 89,1% zurückgegangen. Für den Monat April ergibt sich ein Index von 92,4 gegenüber 91,1 im Monat März.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 5. Mai: I. 120 Mark (letzte Notierung 125 Mark), II. 112 Mark (112 Mark), III. 98 Mark (103) Mark je Zentner. Tendenz ruhig.

Günstiges Wetter.

(Berliner Getreidebörse vom 5. Mai.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse beginnen die natürlichen Bedingungen wieder stärkeren Einfluss auf die Stimmung auszuüben als Gerüchte über wirtschaftliche Massnahmen. Da bei dem günstigen Wetter, das den Saatenstand fördert, das Angebot an Brotgetreide zur Herbstlieferung erheblich grösser geworden ist, mussten die Notierungen am Dienstag am Markte der Zeitgeschäfte für spätere Sichten nicht unbedeutend nachgeben. Dagegen ist das Angebot an prompter Ware nach wie vor klein. Prompter Weizen stand am Dienstag nur in geringen Mengen zur Verfügung, wobei die Forderungen nicht ermässigt waren. Er erzielte unveränderte Preise. Dagegen war die Stimmung für Roggen trotz weiterer schwacher Angebote matter, da die Börse damit rechnet, dass die Reichsregierung aus ihren Beständen grössere Mengen verkaufen wird. Infolgedessen ging auch hier der Kurs für prompte Ware um zirka 1 Mark zurück. Weizenmehl hatte sehr kleines Geschäft, da sich die Käufer weiter zurückhielten. Roggenmehl war besser gefragt, insbesondere in billigeren Qualitäten. Teilweise stand Ware zu etwas niedrigeren Forderungen zur Verfügung. Hafer hatte im allgemeinen stetige Tendenz.

	4.Mai	5.Mai
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	283 - 285	283 - 285
Roggen	199 - 201	199 - 201
Futter- und Industrieroggen	230 - 244	230 - 244
Hafer	192 - 196	192 - 196
Weizenmehl	34,25-40,25	34,25-40,25
Roggenmehl	27,50-29,25	27,25-29,50
Weizenkleie	14,25-14,50	14,25-14,50
Roggenkleie	14,75-15,00	14,75-15,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 298 und Brief (Vortag 298), Juli 300-299 (303), September 250-249 (253), Roggen Mai 204½ (203½), Juli 202-201½ Brief (202½), September 190 (191). Hafer Mai 204 (204), Juli 209½-208 ¾ (210), September 184 bis 183 (-).

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 5. Mai.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM	0,70 - 0,90
" " Weizenstroh	"	0,60 - 0,75
" " Haferstroh	"	0,75 - 0,90
" " Gerstenstroh	"	0,65 - 0,80
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	"	1,00 - 1,15
Bindfadengepresstes Roggenstroh	"	0,85 - 0,95
" " Weizenstroh	"	0,65 - 0,75
Häcksel	Tendenz stetig	1,55 - 1,75
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	"	1,70 - 1,90
Gutes Heu, gesund und trocken	"	2,30 - 2,65
Luzerne lose	"	3,00 - 3,25
Thymothee, lose	"	3,30 - 3,70
Kleeheu, lose	"	3,10 - 3,40
Mielitz-Heu, lose, rein	"	- - -
" " " (Warthe)	"	2,30 - 2,50
" " " (Havel)	"	- - -
Drahtgepresstes Heu	Tendenz stetig	30 Pfg. über Nötiz.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Sozialpolitik und Verarmung.

SPD. An allem Elend in Deutschland sind nur die Gewerkschaften schuld; Volk und Land können nur dann wieder gesunden, wenn ein scharf antigewerkschaftlich eingestellter Kurs gesteuert wird. Diese Tonart wird neuerdings in der Scharfmacherpresse wieder einmal besonders laut und aufdringlich angeschlagen. Warum, das ist leicht zu erraten. Auch die Scharfmacher merken, dass sich die Dinge allmählich zuspitzen, dass die Reichsregierung, ob sie will oder nicht, eine klarere und bestimmtere Marschrichtung einschlagen muss. Um eine scharf rechtsorientierte Marschrichtung zu erzwingen, daher die neue skrupellose und wahrhaft unverschämte Hetze gegen die Gewerkschaften. In dieser Hetze tut sich die "Deutsche Allgemeine Zeitung" besonders hervor. Sie offeriert dem Reichskanzler gleich ein fertiges Antigewerkschaftsprogramm. Es besteht in einer dummdreisten Verleumdung der Gewerkschaften. So heisst es darin: "Die Sozialpolitik der sozialistischen Gewerkschaften die mit der Verarmung unseres Volkes ebensowenig rechnete, wie mit dem verlorenen Krieg, die den Irrwahn unterstellte, die Tribute an das Ausland würden von den "Reichen" allein getragen werden, ist für die himmelschreiende soziale Not der Gegenwart in erster Linie verantwortlich."

Ein starkes Stück! Nur Leute, die wider besseres Wissen darauflos hetzen, können den freien Gewerkschaften vorwerfen, sie hätten ins Blaue hinein, ohne jede Berücksichtigung der durch den Kriegsausgang geschaffenen Schwierigkeiten Sozialpolitik getrieben. Das Gegenteil ist richtig. Tausendmal ist das in der Arbeiterpresse dargelegt worden. Wenn sich die Scharfmacher aber nicht von den Gewerkschaften belehren lassen wollen - was man von ihnen angesichts ihrer sattsam bekannten Arroganz auch nicht gut erwarten kann - so könnten sie doch auf Stimmen hören, die auch sie respektieren dürften. Wir wollen sie auf eine solche Stimme aufmerksam machen. Es ist die Stimme des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, der dieser Tage in Luxemburg über die Krise gesprochen hat. Luther sagte dabei u.a. nach einer Mitteilung der "Frankfurter Zeitung": "Die Steigerung der öffentlichen und sozialen Ausgaben in der Nachkriegszeit auf 28 Milliarden (von 8,4 Milliarden 1913) ist nicht ein Zeichen deutscher Verschwendungssucht, sondern deutscher Armut. Zieht man bei einem Vergleich dieser Zahlen den gesunkenen Goldwert, die Vermehrung der Bevölkerung und die gesamten inneren und äusseren Kriegslasten in Betracht, so ergibt sich eine Steigerung um nur 89% gegenüber 87 in England, 90 in Schweden, 100 in der Schweiz. Wenn man die Aufwendungen privater Wohlfahrtspflege in den anderen Ländern, die in Deutschland infolge der Verarmung nur eine ganz geringe Rolle spielen, noch berechnen könne, so würde sich dieser Prozentsatz wohl noch stark zu Gunsten Deutschlands ändern."

Zerlegt man die von Luther erwähnten 28 Milliarden in ihre einzelnen Bestandteile, dann zeigt sich erst recht, dass in Deutschland keineswegs sozialpolitisch des Guten zu viel getan worden ist. Die Kriegsfolgen bestanden für Deutschland in einem ungeheuren Elend, und zur Eindämmung dieses Elends war eine Steigerung der öffentlichen und sozialen Ausgaben einschliesslich der Leistungen der Sozialversicherung unbedingt notwendig. Alle diese Milliarden öffentlicher und sozialer Ausgaben, all' die Leistungen, die angeblich aus einer Ueberspannung des Versorgungsgedankens entstanden sind, waren zu einem grossen

Teil nichts anderes als Kosten sehr zweckmässiger und rentabler Vorbeugung in hygienischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Wenn Deutschland nach dem Krieg sich auf den Standpunkt gestellt hätte, es müsse, da der Krieg verloren sei, zur Linderung der Not weniger ausgegeben werden als vor dem Krieg - eine solche kurzsichtige Rechnung wäre ihm im Laufe der letzten 10 Jahre wiederholt sehr teuer zu stehen gekommen. Allein wozu soll man das noch besonders betonen? Auch die Scharfmacher wissen nur zu gut, dass die deutsche Sozialversicherung, wie wir vor kurzem erst am Beispiel der Invalidenversicherung gezeigt haben, eine ungeheure aus den Kriegsfolgen stammende Last mit geschleppt haben und heute noch mit schleppen. Auch sie kennen, was der Reichsarbeitsminister vor nicht allzu langer Zeit im Reichstag hervorhob, nämlich die unvergleichlichen Opfer, die in der Sozialversicherung Arbeiter und Angestellte nicht nur für ihre Berufs- und Standesangehörigen, sondern auch für die Gesamtheit gebracht haben - Opfer, so gross, dass heute angesichts der Hetze der Sozialreaktionäre der Ruf laut wird: Die Sozialversicherung zuerst den Versicherten.

Die Gewerkschaften haben sich im Laufe der Nachkriegszeit im Kampf gegen das allgemeine Elend sehr weitherzig gezeigt, weil andere Leute weniger hilfreich waren. Jetzt bekommt sie den Dank dafür, nämlich einen Fusstritt von den Herrschaften, denen verelendete Massen wahrscheinlich längst an den Kragen gegangen wären. Nun - wenn es nicht anders sein soll - die Scharfmacher können in Deutschland noch manche Ueberraschung erleben. Sie sind bereits auf dem besten Weg zu solchen Ueberraschungen.

SPD. In der Oststelle bei der Reichskanzlei fand am Dienstag unter dem Vorsitz des Ministers Treviranus eine Vorbesprechung über die Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes statt. Eingeladen waren Stahlhelm, Jungdo, Kyffhäuserbund, die katholische Jugendorganisation Volkskraft, Reichsbanner und Turnerschaft. Die Hauptbesprechung soll in Kürze auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers stattfinden. -

Im Preussischen Landtag haben die Demokraten einen Arbeitsdienstantrag eingebracht. Er lautet: "Ausnahmsloses Verbot der Zulassung ausländischer Wanderarbeiter in der Landwirtschaft, in Verbindung damit alsbaldige Schaffung einer Organisation zur Bereitstellung entsprechender geeigneter inländischer Ersatzkräfte und, soweit diese Kräfte durch freiwillige Meldungen nicht beschafft werden können, Einführung einer zeitlich begrenzten Arbeitsdienstpflicht für arbeitslose Jugendliche bis zum Alter von 21 Jahren, denen die tarifliche Entlohnung gewährleistet sein muss. Hierdurch kann etwa 110 000 arbeitslosen Volksgenossen Arbeit beschafft werden."

Was die Demokraten hier fordern, ist kein freiwilliger Arbeitsdienst im landläufigen Sinn. Es handelt sich hier lediglich um die Beschaffung von tariflich entlohnerten Ersatzkräften für ausländische Wanderarbeiter.

SPD. Für die Arbeitnehmer der Reichsverwaltungen sind die Löhne durch einen Schiedsspruch, der von den Arbeitnehmern und vom Reichsfinanzministerium angenommen worden ist, neu geregelt worden. Die Neuregelung bestimmt im wesentlichen: Mit Wirkung vom 19. April fällt der Frauenzuschlag weg. Mit dem gleichen Tag werden die Stundenlohnsätze, ausschliesslich Dienstaterszulage, bis einschliesslich 70 Pfennig um 1 Pfennig, von 71 bis einschliesslich 83 Pfennig um 2, von 84 bis einschliesslich 1,16 Mark um 3 und die höheren Stundenlohnsätze um 4 Pfennig gekürzt. Im übrigen gilt die alte Schlüsselung.

Die Neuregelung läuft zunächst unkündbar bis zum 30. Mai 1931. Bis zu diesem Tag werden die sogenannten Ausgleichsstunden weiter bezahlt. Vom gleichen

Tag an gelten für die in Frage kommenden Arbeitergruppen die Löhne des Tarifvertrags für die Arbeitnehmer der Reichspost. Alsdann ist die Neuregelung erstmalig am 31. Oktober 1931 kündbar.

Es handelt sich im Durchschnitt um eine Lohnkürzung zwischen 4 und 6 Prozent. Sie ist umso empfindlicher, als die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter schon immer als ungenügend bezeichnet werden mussten. Dazu kommt noch, dass bei den Reichsarbeitern durchwegs eine Arbeitszeitverkürzung um mindestens 2, teilweise sogar um 3 Stunden eintreten wird, was ebenfalls einen Lohnausfall um durchschnittlich 4 Prozent bedeutet. Alle Bemühungen der Organisationen, einen Lohnausgleich zu erhalten, scheiterten an dem Widerstand der Regierungsvertreter.

SPD. Am Dienstag begannen in Essen die Verhandlungen zur Aenderung des Rahmentarifs für die Gruppe Nordwest. Da eine Einigung der beiden Parteien nicht zu erzielen war und die Gewerkschaften die Bildung einer kleinen Kommission für aussichtslos erklärten, verliefen die Verhandlungen ergebnislos. Sie werden Mitte Mai vor dem Schlichter fortgesetzt.

SPD. Argentinien entsendet zum ersten Mal seit 3 Jahren wieder eine Vertretung zur Internationalen Arbeitskonferenz am 28. Mai. Das Land blieb auch nach seinem Austritt aus dem Völkerbund Mitglied des Internationalen Arbeitsamts, hatte jedoch zu den Konferenzen keine Vertretung mehr geschickt.

SPD. In der Klage der entlassenen Nazis gegen die Berliner Verkehrsgesellschaft und ihren Betriebsrat beschloss das Landesarbeitsgericht am Dienstag die Personalakten der BVG einzufordern und die Personalreferenten der Gesellschaft über die Motive der Entlassung zu hören. Die Anwälte der Beklagten stehen demgegenüber auf dem Standpunkt, dass eine Beweisaufnahme dieser Art gesetzlich nicht mehr zulässig ist.

SPD. Der Zweckverband der Bäckermeister Gross-Berlins will von einer Aufhebung des Nachtbackverbots nichts wissen. Er betont in einer Erklärung zur Brotpreisfrage, dass die Aufhebung des Nachtbackverbots nicht zu einer Preisverbilligung führe, sondern im Gegenteil nur weitere Ueberproduktion und eine Steigerung der Arbeitslosigkeit im Bäckergewerbe zur Folge habe.

In der Presse der christlichen Gewerkschaften wird mit Bedauern festgestellt, dass die Frage des Verbrauchs von Brotgetreide leider nicht nur von der Landwirtschaft, sondern auch aus Regierungskreisen mit der Frage des Nachtbackverbots in Zusammenhang gebracht wird. Dass die Gewerkschaften der Nahrungsmittelarbeiter gegen eine Aufhebung des Nachtbackverbots scharf Front machen, versteht sich von selbst. Die freien Gewerkschaften haben bereits gegen die Aufhebung des Verbots Schritte unternommen.

Eine Aufhebung des Nachtbackverbots ist gleichbedeutend mit der Zerstörung des Bäckergewerbes zu Gunsten der grossen Brotfabriken, die mit Riesemaschinen arbeiten und im Vergleich zu dem Bäckergewerbe mit einem Bruchteil von Arbeitskräften auskommen.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 5. Mai 1931

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Dienstagsitzung des Preussischen Landtages beantragt Abg. Baecker-Berlin (Landvolk) Absetzung der Abstimmung über den Staatsvertrag mit der Volksbühne Berlin. Der Landtag habe einen Untersuchungsausschuss in dieser Angelegenheit eingesetzt, der seinen Bericht demnächst vorlegen werde. Es würde daher einen wenig sachlichen Eindruck machen, wenn der Landtag bereits jetzt eine Entscheidung treffen wollte, ohne vorher die Feststellungen des Untersuchungsausschusses zur Kenntnis genommen zu haben. - Da kein Widerspruch erfolgt, kann die Abstimmung über den Volksbühnenvertrag vertagt werden.

Hierauf wird die allgemeine Aussprache zur zweiten Lesung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten fortgesetzt.

Ministerpräsident Braun

geht auf die Ausführungen der Redner vom Montag ein. Das A und O der gesamten Rechtspolitik scheine zu sein: Wie trennen wir das Zentrum von der Sozialdemokratie? Dabei werde immer die angebliche Kirchenfeindlichkeit der Sozialdemokratie in den Vordergrund gestellt. Tatsächlich aber lägen die Dinge so, dass das Zentrum vor dem Kriege jahrzehntelang unter der Intoleranz zu leiden hatte und erst die jetzige preussische Regierung diesem Zustand ein Ende gemacht habe. Auch die Freidenker-Bewegung werde von der Regierung toleriert, soweit sie sich der Pflege ihrer Weltanschauung in Formen widme, die Andersdenkende nicht verletzen. Verleumdungen und Verunglimpfungen einer anderen Weltanschauung würden von der Regierung nicht geduldet.

Wenn bei der Anwendung der Notverordnung in den ersten Tagen Missgriffe vorkamen, so sei das bedauerlich. Der Umstand aber, dass wenig berechtigte Beschwerden eingingen, beweise, dass die Notverordnung im allgemeinen doch zweckmässig ausgeführt worden sei. (Lärmende Zurufe bei den Komm.) Berechtigten Beschwerden sei abgeholfen worden. Abhilfe gegen unberechtigte Beschwerden aber könnten nur diejenigen schaffen, die durch die Art ihrer politischen Agitation gegen die Notverordnung verstossen. Es sei schlecht um eine politische Sache bestellt, wenn ihre Anhänger glaubten, sie nur mit Zuhilfenahme von Lügen und Verleumdungen vertreten zu können. (Lebh. Zustimmung bei den Reg. Part.) Es sei falsch, zu behaupten, die Notverordnung habe die sachliche Werbung für das Volksbegehren gehemmt. Trotz seines Ergebnisses werde das Volksbegehren wohl vorläufig nicht aus der öffentlichen Diskussion herauskommen. Es sei nur eigenartig, dass manche Leute sich ihrer Vergangenheit schämten. Er habe kürzlich darauf hingewiesen, dass der Stahlhelm, der sich jetzt als unerbitterlichster Feind des jetzigen Regimes in der Öffentlichkeit zeige, zur Zeit seiner Entstehung stramm republikanisch gewesen sei. (Lachen und Widerspruch bei den Dnat.) Es sei an der Tatsache nicht zu rütteln, dass sich der Stahlhelm bei seiner Gründung der rein sozialistischen Regierung rückhaltlos zur Verfügung stellte. (Rufe bei den Dnat.: Das galt dem Kampf gegen den Bolschewismus!) Der Abg. Schwecht habe gesagt, das Volksbegehren wolle in erster Linie einen anderen Ministerpräsidenten. Wenn es nach meinen persönlichen Wünschen und Interessen ginge, so erklärt der Ministerpräsident, würde ich sagen: Ich auch! Aber dazu braucht man doch nicht ein Volksbegehren. Wenn der Abg. Stendel sich für das Volksbegehren eingesetzt habe, so sei zu sagen, dass ein anderer Teil der Volksbegehrler zur Deutschen Volkspartei offenbar nicht rechtes Vertrauen habe. Von Oldenburg-Januschau habe in Elbing erklärt, wenn er die Leute von der Deutschen Volkspartei sehe, dann falle ihm immer das Dichterwort ein: "Ihr naht Euch wieder, schwankende Gestalten!" (Grosse Heiterkeit.) Weiter habe von Olden-

burg gesagt: "Bevor die Deutsche Volkspartei unsere Freundschaft erwerben kann, muss sie erst ordentlich entlaust werden!" (Heiterkeit; anhaltende Zurufe bei der Deutschen Volkspartei) Die Deutsche Volkspartei möge überlegen, ob sie wirklich politisch richtig handle, wenn sie sich in die Gefolgschaft der von Oldenburg=Januschau begeben (Abg. Stendel (Dt. Volkspt.): "Das entscheiden wir selbst."). Wenn die Parteien des Volksbegehrens sagten, sie wollten wieder wirkliche Preussen auf die Regierungssessel bringen, so hätten sie den viel erörterten Begriff des wahren Preussentums lediglich verständlich zu machen gewusst durch Soldatenmärsche und den Krückstock - nicht den Geist - Friedrichs des Grossen. Der Erfolg des Volksbegehrens sei zum grossen Teil durch die Ausnutzung wirtschaftlicher Uebermacht über wirtschaftlich abhängige Leute erzielt worden. (Widerspruch rechts) Was auf diesem Gebiete in den ostelbischen Bezirken geleistet worden sei, gehe weit über das hinaus, was vor dem Kriege dort an Terror üblich war. (Anhaltende Unruhe rechts). Es sei möglich, dass sich eine gewisse Gegenwehr als Antwort auf den Terror von der anderen Seite geltend gemacht habe. Aber diejenigen, die das Volksbegehren nicht mitgemacht hätten, seien zum Teil in öffentlichen Aufrufen diffamiert worden. Der Ortsausschuss für das Volksbegehren in Schildau habe in einem Aufruf gesagt: "Wer sich nicht einträgt, ist ein gemeiner, feiger Lump, ein erbärmlicher Verräter am preussischen Vaterland!" (Stürmisches Hört, hört! bei den Reg. Parteien) Die über 20 Millionen Preussen, die sich nicht in die Listen eingetragen hätten, seien also danach feige Verräter. Um nun den Volksentscheid durchzubringen, müssten Sie (nach rechts) noch wenigstens acht Millionen neue Stimmen erhalten; glauben Sie, die aus den Reihen der "feigen Lumpen und erbärmlichen Verräter" zu erhalten? (Sehr gut! bei den Reg. Part.)

"Ich kann - so schliesst der Ministerpräsident - Ihr ganzes Geschrei nicht ernst nehmen. Es ist nur schade, dass durch diese Bewegung, die im Ausland viel ernster genommen wird als von den Kennern der Sachlage, die nachteiligen wirtschaftlichen Wirkungen der Reichstagswahl vom 14. September verstärkt werden. Der Volksentscheid wird Ihnen (nach rechts) einen grossen Reinfall bringen. Die Entscheidung über Preussen fällt bei der Landtagswahl (Rufe rechts: da werdet Ihr was erleben! - Lachen bei den Reg. Part.). Es wird bei den Landtagswahlen darüber entschieden werden, ob das neue Regime in Preussen in der ruhigen kontinuierlichen Weise weiter die Aufbauarbeit fortsetzen kann oder ob wir zu der Katastrophenpolitik kommen, die Ihnen (nach rechts) vorschwebt. (Lebh. Beif. bei den Reg. Part.)

Abg. Riedel (Staatspt.) spricht seine Befriedigung darüber aus, dass der Kirchenvertrag bald zur Verabschiedung kommen werde. Der Stahlhelm sei mit seinem Volksbegehren schwer hereingefallen und wolle jetzt den Volksentscheid hinausschieben. Die Volkspartei greife die Preussenregierung an, obwohl sie sich ständig bemühe, in dieselbe hinein zu kommen. Das Volksbegehren habe innerpolitische Unruhe erzeugt. Die Rechte wolle der Reichsregierung Schwierigkeiten machen. Selbst Pfarrer hätten die Religion zur Agitation missbraucht.

Abg. Lindner (Christl.-Soz.) kritisiert die Notverordnung, die einseitig gegen christliche Kreise angewendet werde. Der deutschnationale Abgeordnete Schwacht habe mit untauglichen Mitteln den Versuch unternommen, das Zentrum von der Sozialdemokratie zu trennen.

Zunächst wird dann über die zum Forsthaushalt gestellten Anträge abgestimmt. Es werden eine Reihe von Anträgen angenommen, die der darniederliegenden Forstwirtschaft helfen wollen. U.a. wird ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der das Staatsministerium um eine Prüfung ersucht, wie eine Altersversorgung für die Staatsforstarbeiter eingeführt werden kann. Angenommen wird ferner ein sozialdemokratischer Antrag, den Holzeinschlag auf jeden Fall und in dem Umfang vorzunehmen, den die Absatzmöglichkeiten gestatten und Strassenbau und sonstige forstwirtschaftliche Arbeiten in solchem Umfang durchzuführen;

dass zur Behebung der Arbeitslosigkeit möglichst sämtliche sonst in den Staatsforstbetrieben beschäftigte Arbeiter eingestellt werden können.

Es folgen Abstimmungen über die zurückgestellten Anträge des Geschäftsausschusses auf Aufhebung der Immunität für die Abgg. Grasse, (Komm.) Duddins (Komm.), Lohse-Altona (Nat. Soz.) und Hinkler (Nat. Soz.) Die Abstimmungen über die Freigabe der kommunistischen Abgeordneten sind auf Antrag der Kommunisten namentlich. Sie werden gegen die Kommunisten angenommen. Auch die Nationalsozialisten Lohse und Hinkler werden zur Strafverfolgung freigegeben. Dagegen stimmten Kommunisten, Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei.

Dann wird in namentlicher Abstimmung ein von der Landvolkpartei gestellter Abänderungsantrag zum Diätengesetz abgelehnt, der bei Beamten, Geistlichen und Lehrern, denen als Abgeordnete Stellvertretungen gestellt werden, die Hälfte der Diäten kürzen will.

In zweiter Lesung wird schliesslich noch die Aenderung des preussischen Wohnungsgesetzes von 1918 angenommen. Danach soll für die Gesundung von Wohnvierteln, Häuserblocks etc. der erforderliche Grund und Boden bis zum 31. Dezember 1935 im Enteignungsweg in Anspruch genommen werden. Die Zulässigkeit wird durch den Wohlfahrtsminister ausgesprochen. Für das Verfahren soll das vereinfachte Enteignungsverfahren von 1922 gelten. Das Gesetz wurde in namentlicher Abstimmung von Linksparteien und Zentrum gegen 1 Stimme angenommen. Die Rechtsparteien beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Danach wird die Aussprache über den Etat des Staatsministeriums fortgesetzt.

Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) kritisiert die Ausführungen des Ministerpräsidenten, dem er Duldung und Förderung des Brotwuchers vorwirft. Diese Haltung sei ein politisches Verbrechen (Ordnungsruf!). Severing und Braun hätten als gut-bezahlte Bonzen kein Empfinden für hungernde Arbeiter. Mit keinem Wort hätte sich der Ministerpräsident gegen pfäffische Beschimpfungen der Freidenker gewendet.

Damit ist die Beratung über den Haushalt des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten beendet. Die Abstimmungen darüber finden am 7. Mai statt.

Das Haus tritt hierauf in die zweite Lesung des Haushalts des Finanzministeriums ein. Nach dem Berichterstatter Abg. Hasper (Komm.) erklärt Abg. Mursch (Dtn.), dass die Regierung jetzt endlich ernst mache mit Einsparungen. Hohe Aufwandsentschädigungen müssten abgebaut werden und mit der Bevorzugung politischer Beamter bei der Einstellung sollte man Schluss machen. Die freie Wirtschaft klage mit Recht über die hohen Personalkosten der Staatsverwaltung. Die Schuld hieran trage die schlechte Beamtenpolitik der Regierung.

Abg. Dr. Hess (Ztr.) stellt fest, dass 1930 die Deutschnationalen auf Veranlassung des Zentrums einen Antrag einbrachten, nach dem festgestellt werden sollte, wieviel Beamte dem Zentrum angehören. Darüber hätte die deutschnationalen Presse wahrheitswidrig berichtet. Die Regierung habe sich auf dem Standpunkt gestellt, dass dieser Antrag verfassungsrechtlich nicht durchzuführen sei, und deshalb habe sich das Zentrum selbst geholfen. Bei den höheren Beamten des Justiz- und Wohlfahrtsministeriums sei zwar die konfessionelle Parität hergestellt, dagegen könne von einer solchen bei der mittleren Beamtenschaft keine Rede sein. Eine krasse Imparität zeige sich auch im Landwirtschaftsministerium und bei der Opperlner Regierung. Hugenberg habe zwar für den Fall einer Rechtsregierung Gerechtigkeit auch für die Katholiken in Aussicht gestellt. Einmal habe es damit noch gute Wege und dann lege das Zentrum absolut keinen Wert auf eine Begönnerung von Hugenberg, sondern helfe sich lieber selbst. Im allgemeinen seien die Katholiken in Preussen noch lange nicht ihrer Stärke entsprechend an der Staatsverwaltung beteiligt.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD.Berlin, den 5.Mai (Eig.Ber.)

Im Preussischen Landtag wurde am Dienstag die zweite Lesung des Haushalts des Staatsministeriums zu Ende geführt.

Gleich zu Beginn der Sitzung nahm Ministerpräsident Otto Braun das Wort, um sich ausgiebig mit den Rednern der Rechtsparteien auseinanderzusetzen, die seine Politik am Montag heftig angegriffen hatten. Das geschah in der Weise, die man in grossen politischen Auseinandersetzungen bei Otto Braun gewöhnt ist: ruhig und sachlich, aber gründlich. Zunächst stellte er fest, dass die Rechtspresse in letzter Zeit ganz offenbar das Bestreben zeige, das Zentrum von der Sozialdemokratie zu trennen, um damit einen Keil in die Preussenkoalition zu treiben. Soweit hierbei das preussische Zentrum in Frage kommt, werde diese Partei wohl schliesslich selbst wissen, wie sie ihre Politik einzustellen habe. Was aber die in diesem Zusammenhang oft zitierten Wendungen aus seiner Rede in der Berliner Parteiversammlung der Sozialdemokratie im Sportpalast anlangt, in der er sich mit seiner Stellung zum Freidenkertum beschäftigte, so stehe er auch heute noch zu seinen Ausführungen. Er habe dabei zum Ausdruck gebracht, dass die Freidenkerbewegung nicht zu verhetzenden und verletzenden Propagandamitteln zu greifen brauche, um den ethischen Gehalt ihrer Weltanschauung gegenüber religiös Andersdenkenden zu beweisen. Insofern seien die Befürchtungen der Freidenker, die in dem Wortlaut der Notverordnung für ihre Bewegung Hemmnisse erblickten, nicht berechtigt. Die Notverordnung wolle lediglich der Verwilderung politischer Sitten und der volksvergiftenden Verleumdung entgegenwirken. Die geringe Zahl wirklich berechtigter Klagen über Missbrauch der Notverordnung in der ersten Zeit ihrer Anwendung sei der beste Beweis für ihre Notwendigkeit.

Dann kamen einige derbe Wahrheiten für die Volksbegehrler. Der Ministerpräsident stellte fest, dass das Lamento der Stahlhelmlaute über ihren angeblichen Sieg nur beweise, wie bescheiden die Herren in ihren Ansprüchen geworden sind. Es nütze ihnen nichts, wenn sie in ihrer Presse immer wieder behaupten, dass der Stahlhelm immer und von Anfang an antirepublikanisch gewesen sei. Otto Braun strafte sie Lügen, als er aus der Gründungszeit des Stahlhelms einen Aufruf zitierte, aus dem hervorgeht, dass der Stahlhelm sich auf den Boden der republikanischen Staatsverfassung stellt und hinter der Regierung stehe. Und die Regierung dieser Zeit war eine rein sozialistische Regierung! Den volksparteilichen Redner, der das Volksbegehren warm unterstützt hatte, fertigte Braun mit der Bemerkung ab, dass man wohl nicht ungestraft sechs Jahre lang in der selbstverschuldeten Opposition sitze. Es war für die preussische volksparteiliche Fraktion sicher ein peinlicher Augenblick, als Otto Braun schliesslich aus einer Rede des altpreussischen Junkers Oldenburg=Januschau Stellen zitierte, die in ihrer verletzenden und höhnischen Form die ganze Geringschätzung der Kreise dartun, an die sich die Volkspartei so geflissentlich anzubiedern sucht. Der alte Januschauer war offenherzig genug, in einer Versammlung von den Volksparteilern als den "schwankenden Gestalten" zu sprechen, die man erst "entlausen" müsse, ehe sie der Freundschaft der Deutschnationalen würdig seien.

Eine andere von Otto Braun zitierte Stelle aus der Rede von Oldenburg=Januschau zeigt aber auch, um was es den Rechtsparteien bei dem Volksscheid geht. Dieser deutschnationale Führer, ein Prototyp des Altpreussentums, gab in dieser Rede zu, dass jeder Monat früher, den die Rechte an die Regierung kommt, für sie einen Millionengewinn bedeute. Das ist die Klage um die verlorene und die Sehnsucht nach der widerzuerobernden - Futterkrippe. Die Arbeiterschaft wird sich dieses Wort eines bedeutenden deutschnationalen Führers merken müssen.

Anschliessend wies der Ministerpräsident dann noch darauf hin, dass das sehr dürftige Ergebnis des Volksbegehrens in einzelnen Landesteilen nur unter

schärfstem Druck auf die von den Grossgrundbesitzern abhängigen Bevölkerungsschichten erzielt werden konnte. Man hat versucht, in öffentlichen Aufrufen diejenigen der allgemeinen Achtung preiszugeben, die sich nicht einzeichnen würden. Man hat sie "feige Lumpen" genannt, die sich am deutschen Vaterlande versündigen. Das können also rund 20 Millionen Preussen auf sich beziehen, die sich nicht eingezeichnet haben und aus denen die Rechtsopposition noch 8 Millionen gewinnen will, wenn der Volksentscheid zustande kommen soll. Nicht der Volksentscheid, wohl aber die nächste Landtagswahl wird - so schloss Braun seine Rede - Gewissheit bringen, ob das preussische Volk eine Katastrophenpolitik oder ruhige und kontinuierliche Aufbauarbeit will.

Im Anschluss an die Rede des Ministerpräsidenten beschimpfte der Kommunist Schulz=Neukölln das Haus und die Sozialdemokratie. Es folgten zurückgestellte Abstimmungen. Dann wurde in die zweite Lesung des Haushalts des Finanzministeriums eingetreten. - Weiterberatung Mittwoch.
